

Ercheint täglich außer Montags... Abonnement: 2.30 Mark pro Quartal...

Vorwärts

Infektions-Gebühr beträgt für die fünfgepaltenen Zeitzeile oder deren Raum 40 Pfg. für Berlin und Veranlagung...

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: Benth-Strasse 2.

Donnerstag, den 11. Juni 1891.

Expedition: Benth-Strasse 3.

Halte den Dieb!

Der Bochumer Steuerprozess giebt wieder einmal Gelegenheit festzustellen, weß Geistes unsere Bourgeoisie ist. Wir meinen die nicht in die Skandalgeschichte verwickelte, die unbetheiligte, die sittlich entristete Bourgeoisie.

Die Steuerhinterziehungen in Bochum sind nichts Außergewöhnliches, sie sind ein alltägliches Vorkommniß. Unvergessen ist nur die öffentliche Feststellung, welche dem bürgerlichen Bewußtsein fremd ist.

Das Stück, das in Essen sich abspielt, ist nur ein Einzelfall; die Besizenden tragieren es überall nach Kräften und mit Erfolg.

Daß die Bochumer Patrioten die Steuerlast auf das Volk abwälzen, daß sie die Armen für sich nicht bloß frohnen, sondern auch steuern lassen, ist dies etwas Neues, etwas Unerhörtes, etwas noch nicht Dagewesenes?

schäft worden, und der Steuersiskus hatte das Nachsehen. Das ist ein Zeichen von Heißhunger, von lecher Gewinnsucht, von unbeschreiblichem Geschick, das Glück zu korrigieren, aber es ist nur eine Konsequenz der Politik, welche den Besitzlosen zehnten läßt, auf daß es den herrschenden Klassen wohlgehe.

Und ist nicht noch in frischer Erinnerung die Geschichte jenes schlesischen Magnaten, der, mit zarterem Gewissen belastet als seine Genossen, gegen die zu geringe Einschätzung Einspruch erheben wollte und daran verhindert wurde, weil ja die Anderen dann auch über die Klinge springen müßten, die sich diese Art Unterschätzung nur zu gern gefallen ließen und ihre Lebensführung darauf zugeschnitten hätten?

Wenn alle Fälle der zu niedrigen Einschätzung vor den Schranken der Gerichte entfällt werden würden, wie lange meint man, hätte die preussische Justiz von Memel bis Saarbrücken, von Schleswig bis nach Zabrze zu thun, um diesen Berg von Prozessen abzutragen?

Daß gerade die Blüthe der deutschen Bourgeoisie, die rheinisch-westfälische, auf die Armeisenüberbank gekommen ist, die getreue Gefolgschaft des Fürsten Bismarck, die Repräsentantin der siebenfach gesiebten Sittlichkeit, die Feudalaristokratie der Kohlengruben und Eisenwerke, die „mit Arbeitern nicht verhandelt“, die Elite des deutschen Unternehmertums, das ist der Humor von der Geschichte.

Greift indeß im stillen Kämmerlein, wenn er allein ist mit sich und seinem Geldsack, der Reiche in die geheimnisvollen Tiefen seines Mannesbusens, so findet er auf dem Grunde das, wogegen er sich so sehr zu sträuben scheint, die Anerkennung der Bochumer Tünder. Ein Theil seines Ich

ist von frecher Hand entblößt und den Augen der Menge schände preisgegeben. Es ist ein Stück von ihm.

Die Arbeiterklasse sieht ihr Urtheil über das Ethos des Bürgerthums doppelt und dreifach bestätigt, und trauernd steht im Winkel die ganze historische-ethische Schule, die so viel zu sagen weiß von dem Wahren, Guten, Schönen in der geklärtesten Seele des reinen Bourgeois.

Was ist der Geist der Bürgermoral? Das Privat-eigentum. Was ist die Moral dieser Moral? Die Schöpfung des Reichthums. Der Mehrwerth, das ist das A und O, der Anfang und das Ende, das Endziel der Bürgerklasse. Die Ausbeutung des Proletariats ist der Hebel, der die ganze verwickelte und verwickelte Maschinerie in Bewegung setzt und hält.

So wird das bürgerliche Gewissen elastisch wie Kautschuk, es schmiegt sich allen Bedingungen der Plusmacherei an, und wie sich der Horizont der Profiträgnerei erweitert, dehnt sich auch das Gewissen weiter und weiter. Der dünne Schleier, den das geschärfte Auge des Kundigen — und der Sozialismus hat erkannt — nur zu leicht durchdringt, ist die Phrase des „legitimen“ Geschäfts, des „anständigen“ Gewinns. Unser Urtheil über die bürgerliche Gesellschaft aber bleibt dasselbe, trotz der Bochumer Skandalgeschichte. Wenn der gute Bürger richtig steuerte und alle gesetzlichen Verpflichtungen so peinlich erfüllte, wie er es nicht thut, sobald kein Vortheil für ihn dabei herauspringt, er bleibe was er ist, er muß bleiben was er ist, bei Strafe der Selbstvernichtung. Die unrunderen Seitenprünge der Steuerdefraudation sind nebensächlich verglichen mit der Einen, der großen Thatsache der kapitalistischen Wirtschaftsweise.

Und die Stempelschuldungen des Bochumer Stahlwerks? Der jahrzehntelange Betrug im Schienenengeschäft, so wichtig für das Verkehrswesen, ein Betrug, der unmittelbar gegen den Hauptkunden des Schienenwerks, gegen den Staat sich richtet; ein Betrug, der das Leben der Reisenden auf das Schwerste gefährdet? Was ist hierauf zu sagen? Wirtschaft, Horatio, Wirtschaft. Die ziellose Profitgier des Unternehmertums kennt keine Schranken, wo es sich um den Gewinn handelt. Die leibliche, geistige, sittliche Entwertung der Arbeiterklasse, des Elend der Proletarier, sie sind die Folgeerscheinung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Was ist der bethlehemitische Kindermord gegen die Vernichtung der Arbeiterkinder im Interesse des Nebbuchs? Was der gräuellste Krieg gegen den Ruin der arbeitenden Klasse im Dienste des Unternehmertums? Rücksichtslos opfert das Großkapital die Kleinen, stößt es Bauern, Handwerker, Kleinhandlör in das Proletariat, keine Scheu hält es ab, die Hand nach dem Reste der Volkskraft auszustrecken um der Masse das letzte Mark anzufangen.

Ein Schaeffle spricht es aus: Wer heute Millionär wird, streift mit dem Kermel das Fuchthaus. Der Betrug, der Schwindel, die Waarenfälschung ist eine Wissenschaft geworden, das Verzeichniß der landläufigen „Sophistationen“ der gewerblichen Erzeugnisse fällt zwei starke Hände. Und

Feuilleton.

Maßdruck verboten. (61)

Die Falkner von St. Vigil.

Roman aus der Zeit der bayerischen Herrschaft in Tirol von Robert S. weichel.

Die Bestätigung durch Krigara versetzte die Leute in die größte Aufregung, und der Korporal mußte nachdrücklich Ruhe gebieten. Der Müller schaute sich langsam um und mit festerer Stimme sagte er, mehr zu dem Führer der Landjäger sprechend:

„Ihr wißt ja, wie es geht, wann zwei junge Leute einen heimlichen Epa auf einander haben: da hat jedes Wort doppelte Schneid und gleich giebt's ein Kaufen. Ich hab' sie nicht auseinander halten können. Es war ein unglücklicher Schlag, den der Ambros mit dem Schemel geführt hat. Aber der Jerg hatte ein Messer zu fassen ge- kriegt.“

Der Korporal war dadurch nicht befriedigt. Er wollte wissen, worüber Beide in Streit gerathen wären. Der Müller zögerte mit der Antwort.

Da rief einer von den Anwesenden: „Lasset doch den alten Mann in Frieden! Es weiß ja jedes Kind, daß es von wegen des Klosterhofs gewesen ist, den der Jerg da hat erheirathen wollen. Wenn mir Einer mein Erbe hinterläßt wegschnappen wollte, ich verstünd' auch keinen Spaß.“

Ein zustimmendes Gemurmel erhob sich und der

Müller sagte erleichtert, während ihm eine feine Röthe in das hagere Gesicht stieg: „Ja, das war dem Ambros sein Groll.“

Der Korporal zwirbelte an seinem Schnurrbart, sah bald den Müller, bald den Verwundeten an und sann darüber nach, was er noch fragen sollte. Es fiel ihm nichts ein und so dachte er, daß er dem Herrn Landrichter Bericht erstatten würde. Er entfernte sich mit seinen Untergebenen und ein Theil der Leute folgte seinem Beispiel. Andere blieben noch zurück und wollten das traurige Ereigniß mit dem Alten durchsprechen. Aber er dankte ihnen für ihre nachbarliche Theilnahme und bat sie, ihn allein zu lassen. Da gingen auch sie.

Es war Nacht geworden, als sich der Alte von dem Schemel am Fußende des Bettes erhob und wieder in die Wohnstube ging. Hier brannte ein Licht auf dem Tische, der sich noch in demselben Zustand befand, wie Afa ihn zum Abendessen gedeckt hatte. Das Licht mußte lange nicht geputzt worden sein, denn es hatte eine lange Schnuppe, die mit einem glühenden Knops aus der trüben Flamme ragte. Afa sah neben dem Uhrgehäuse, an das sie den Kopf gelehnt hatte. Ihr Mann gewahrte sie erst, als er das Licht ergriß, um nach der Zeit zu sehen. Ihre Augen waren mit einer unheimlichen Startheit auf ihn gerichtet.

Vor drei Stunden kann er nicht da sein,“ senfte er, das Licht wegstellend und ließ sich auf der Ofenbank nieder. Da traf sein Blick das Messer, welches Jerg entfallen war. Das Licht spiegelte sich in der Klinge.

„Ach, das ist ein großes Unglück für uns Alle,“ murmelte er, und schob das Messer mit dem Fuße unter die Ofenbank.

Afa schwieg, doch ihre großen schwarzen Augen

blieben immer auf ihn gerichtet. Er bemerkte es nicht, denn er sah zu Boden. Ganz zusammengesunken saß er da. Er war in den letzten Stunden sehr, sehr alt geworden. Sie bemerkte es wohl und dennoch regte sich in ihr kein Mitleid mit ihm.

Wenn der Ambros nur Deinem Rath gefolgt ist und hat sich fortgemacht,“ begann er nach einer Weile und hob die Augen zu ihr auf. „Die Landjäger waren da. Aber dein Name ist in dem Handel nicht genannt worden, soll's auch nicht werden.“

Sie zuckte zusammen. Daran hatte sie noch nicht gedacht, daß der Schimpf, den Jerg ihr angethan, in die Öffentlichkeit gezerzt werden könnte. Sie wurde noch blässer. Er sah ihre Aufregung und suchte sie mit der Versicherung zu beruhigen, daß von ihm Niemand Näheres über den Streit erfahren würde.

„D, Du bist so gut,“ stammelte Afa und zu ihm tretend fuhr sie fort: „Der Jerg hat in seiner Sittigkeit mehr gered't, als er vor Gott verantworten kann. Glaub's mir doch ja! Du sollst alles wissen.“ Er wollte ihr wehren, denn was konnte sie ihm sagen, was er nicht schon er- ratthen hatte?

Er nickte zu ihrem Geständniß traurig mit dem Kopfe und sagte leise: „Es hat freilich so kommen müssen. Armes Weib!“

Da kamen ihr die Thränen. Sie warf sich neben ihn auf die Ofenbank und schlichzte an seiner Schulter. Er ließ sie eine Zeit lang ungestört weinen; dann sagte er mit einem Seufzer: „Ich hab's gut mit Dir gemeint, als ich Dich zu meiner Frau machte, aber der Mensch soll nicht klüger sein wollen als unser Herrgott. Gleich geböt zu Gleich.“

man wundert sich über die Mogeleten in der Schienen-
erzeugung, über nachgemachte Stempel, über Graviranstalten,
die den staatlichen Revisor, den Abnehmer Staat über's Ohr
hauen. Das ist auch nur eine Konsequenz des Systems.
„Gestülzte Schienen," sagt Herr Baare, „laufen eben mit."
Und die Eisenbahnunfälle . . . Die stehen mit ihrem
Verlust an Leben und Gut nicht im Konto der Unter-
nehmung. A la guerre, comme à la guerre. Das ist der
Krieg Aller gegen Alle.

Wer A sagt, muß auch B sagen, wer den Kapitalismus
will, muß auch seine Folge-Erscheinungen mit in den Kauf
nehmen. Will man den Profit, muß man auch die Uebel
wollen. Da hilft kein Widerstreben.

Entrüstet sich deshalb die Bourgeoisie über Bochum, so
sei ihr erwidert: Bochum ist überall, wo die Ausbeutung
des Menschen durch den Menschen herrscht, Bochum ist mit
einem Worte der Mikrokosmos der bürgerlichen Welt.

Wozu also der Lärm? Die Arbeiterklasse läßt sich nicht
mehr täuschen durch das gellende Geschrei: haltet den
Teufel!

Mag die Bourgeoisie sich himmelhoch entrüsten. Sie
bleibt was sie ist, sie will es bleiben. Wir aber entrüsten
uns nicht, wir begreifen den Zusammenhang der Dinge.

Das Proletariat geht ruhig seine Bahn, es hat keine
Zeit, keine Neigung zu wortreicher Entrüstung. Es hat
Wichtigeres zu thun, es muß und es wird handeln.

Politische Uebersicht.

Berlin, 10. Juni.

Die pathetische Absage, welche die „Konserva-
tive Korrespondenz“ dem Antisemitismus ertheilt,
würde werthvoller sein, wenn sie etwas besser begründet
wäre. Es ärgert das konservative Organ, daß die Anti-
semiten sich „als eigene Partei konstituiert“ haben. Das sei
ein „Konfession“. Nun ja, aber sind nicht auch die Agrarier
eine „eigene Partei“, und zwar eine mit weit schärfer
formulirtem Programm als die, wie Hunde und Katzen ein-
ander bekämpfenden Antisemiten, — wird ihnen deshalb
von den Herrn Konservativen der Stuhl vor die Thür ge-
setzt? Und sind die Konservativen etwa mit den Zielen
der Antisemiten nicht einverstanden? Die „Konservative
Korrespondenz“ tadelt zwar die „forcirten Akzente, die
scharfen Zuspißungen“ — indeß das richtet sich gegen die
Methode und nicht gegen den Inhalt. Gelegentlich
der jüngsten Judenhege auf der Insel Korfu haben wir
es erlebt, wie die gesammte konservative Presse Partei
für die „Antisemiten“ ergriffen hat, und zum Theil,
unter Anführung des vornehmsten Parteigängers, der „Kreuz-
zeitung“, den mittelalterlichen Glauben an die sogenannten
Ritualmorde — d. h. daß die Juden Christenkin-
der schlachten, um mit deren Blut religiöse Ceremonien zu er-
füllen — wieder zu erwecken sucht, was, wenn es gelänge,
die mittelalterlichen Judenmehleten auch für Deutschland
wieder auf die Tagesordnung setzen würde. Also nicht
prinzipielle Gründe sind es, welche die Absage“ er-
wirkt haben. Offenbar sind es rein praktische Rück-
sichten: die „Konservative Korrespondenz“ fürchtet, daß bei
Wahlen — z. B. jetzt bei der bevorstehenden Erziehung
in Kassel — die „Antisemiten“ als „eigene Partei“, indem
sie „eigene“ Kandidaten aufstellen, Spaltung in die
konservativen Reihen bringen. Das ist des Pudels Kern.
Und wenn es gelingt, betreffs der Anstellung von Kandidaten
mit „den Antisemiten“ zu irgend einer Verständigung zu gelangen,
überhaupt dieselben von „tollenwüthigen Seitenwippen“
abzuhalten, so sind sie den Herrn Konservativen außer-
ordentlich willkommenes Bundesgenossen, und mehr
als das: Parteigenossen. Der Umstand, daß die
Antisemiten unter sich uneinig sind bis zur zerfahrensten
Kampfbereitschaft, das bildet kein Hinderniß, denn der „großen
konservativen Partei“ ergeht es in dieser Beziehung nicht
besser. Wenn wir von den Hauptzielen absehen: das Volk
politisch niederzuhalten und ökonomisch auszubeuten, jeden
Fortschritt zu verhindern und die Raubritterei des Mittel-
alters in modernem Gewand wieder einzuführen, — giebt
es nicht eine einzige Frage, in welcher die konservative
Partei einig ist. Und die demokratischen, sozialdemagogischen
Allüren, welche die Herren Antisemiten annehmen, um den
Baurenfang besser betreiben zu können, haben durchaus

nichts Abschreckendes für die Herren Junker, deren heiße
Bemühungen, mit den Sozialdemokraten Bündnisse
gegen das liberale Bürgertum zu schließen, weltkundige Thats-
sachen sind. Kurz, die Herren Antisemiten werden, trotz der Ab-
sage, welche die „Konservative Korrespondenz“ ihnen ertheilt
hat, genau in dem alten Verhältnisse zu der konser-
vativen Partei bleiben, die solche Geübte, mit allen Hund-
geheute Heidemagogen für ihre lichtseuen Zwecke vortref-
lich gebrauchen kann.

Bei dieser Gelegenheit sei erwähnt, daß es uns in
Privatbriefen verdacht worden ist, die Ehrenschein-
Affaire des Herrn Siebermann von Sonnen-
berg vorgebracht zu haben. Die Brieffschreiber — beiläufig
Genossen, die den Antisemitismus nicht minder verabscheuen
als wir — meinten, es sei vom sozialdemokratischen Stand-
punkte aus nicht recht, Jemandem, der ein Opfer der so-
zialen Verhältnisse geworden sei, hieraus ein Verbrechen zu
machen. Aber das haben wir auch nicht gethan.
Daher Herr Siebermann in seiner Jugend Bucherern in die Hände
gefallen ist und schließlich, weil er seine „Ehrenscheine“
nicht einlösen konnte, aus seiner Karriere geworfen ward —
das haben wir ihm nicht als Verbrechen angerechnet — im
Gegentheil: an sich mußte das ihm Anspruch auf unser
Mitleid geben. Aber in anderem Licht erscheint die
Sache, wenn wir bedenken, daß dieser Mann, der einer —
nach dem Ehrenkodex einer bestimmten Partei ehrlösen,
ihn aus der Gesellschaft ausschließenden Handlung
schuldig gewesen ist, — statt diesem Ehrenkodex
und der Partei dieses Ehrenkodexes den Krieg
zu erklären, — auf dem Standpunkt
dieser Partei und ihres Ehrenkodexes verharret, und
seinerseits ebenso schweres, wo nicht schwereres Unrecht,
als er selber seinerzeit erlitten hat, Andern, und
Tausenden von Andern zuzufügen bestrebt
ist. Wenn der, welchem Unrecht widerfahren ist,
dadurch zum Kampf um das Recht aufgestachelt
wird, so hat er gewiß Anspruch auf unsere vollste und
wärmste Sympathie — wenn er aber durch das der eigenen
Person zugefügte Unrecht aufgestachelt wird zum Unrecht
gegen Andere, so verwirft er den Anspruch auf
unsere Sympathie und unsere Achtung. —

Das Zuckersteuergesetz mit dem Datum vom 31. Mai
wird heute vom „Reichs-Anzeiger“ publizirt. —

Das preussische Abgeordnetenhaus nahm in seiner
heutigen (100.) Sitzung den Entwurf eines Ergänzung-
gesetzes betreffend die Voraussetzungen zu
Wegbauten in dritter Lesung an. — Es folgte die
Beratung einer Anzahl von Petitionen. Ueber die Petitionen
einer Lehrermittels und verschiedener emeritirter Lehrer um
Erhöhung ihrer Pension wurde zur Tagesordnung
übergegangen. Die Petition verschiedener Strafanstalts-
lehrer um Verbesserung ihrer Gehaltsver-
hältnisse wird der Regierung zur Erwägung über-
wiesen. Dasselbe geschieht hinsichtlich verschiedener Petitionen
um Zulassung ausländischer Arbeiter zur
Beschäftigung in der Landwirtschaft. —
Ueber eine Petition, eine Einwohnerzahl von 8000 als zum
Bestehen einer Apotheke in den Städten für ausreichend zu
erachten und eine Vermehrung der Apotheken in diesem
Verhältnisse herbeizuführen, wird zur Tagesordnung über-
gegangen. — Eine Petition um Zulassung weiblicher
Personen zur Ausübung des Apotheker-
gewerbes wird der Regierung als Material über-
wiesen. Noch eine ganze Anzahl Petitionen gelangt zur
Beratung, von denen wir als Kuriosum nur noch die
Petition des Rabbiners Maybaum erwähnen wollen, welche
die Gleichstellung der Rabbiner mit den Geistlichen der
privilegirten Kirchen verlangt, über die zur Tages-
ordnung übergegangen wird. —

Einer nach dem Andern der bismarck'schen Helden
kommt zu Fall — der Buttkamer, der Stöder, der Krüger
und so mancher sonstige Wiederbauer, und jetzt der Baare,
eine der Hauptstützen des Systems der Ausraubung
Deutschlands zu Gunsten einer winzigen Minorität
von „begehrlichen“, mit großer Verdammungskraft
und langen Fingern ausgestatteten Individuen. In
der Nemezis, welche diese Gefellen verfolgt, scheint beiläufig
einige Methode zu sein. Und der Schlag, der den Baare
getroffen, ist ein sicherlich nicht ganz zufälliger „Stoß ins

Herz“ des Hauptmanns selber. „Wie der Herr so der
Knecht“ — und sage mir, wer „Deine Leute“ sind, und ich
sage Dir, wer Du bist. —

„Ein Ehrenmann in des Wortes vollster und
edelster Bedeutung“ ist nach der „Rheinisch-Westfälischen
Zeitung“ Herr Baare. Jetzt wissen wir doch, von welcher
Beschaffenheit das Ideal eines Mannes nach dem Herzen
des Organs der Kohlen- und Eisenbarone ist. Von der
Aufschuldigung bezüglich der falschen Stempel wollen wir
bis zu erfährtem Beweise ganz absehen und uns nur an
die eigenen Zeugenaussagen des Herrn Baare im Bochumer
Prozeß halten. Der Mann, der von sittlicher Ent-
rüstung trieft über die Begehrlichkeit der Arbeiter, der
eine Stütze der Gesellschaft sein will, der „staats-
erhaltende“ Politiker, der gegen die umstürzlerischen Elemente
die ganze Wucht seines Patriotismus in die Waagschale
legt, der für den „Staat“ dem Volke jedes Opfer
aufzuwerfen bereit ist, er hinterhält für seine Person diesem
selben Staate seine eigenen Steuern. Seine eigenen Ar-
beiter schätzt er ab nach den Lohnbüchern und zieht ihnen
ja nicht dem Staat und der Gemeinde entgegen, seine eigene
werthe Person aber hält er, der Millionär, möglichst steuer-
frei. Und das nennt das Bourgeois-Organ „einen
Ehrenmann in des Wortes vollster und edelster Bedeutung.“
Schon der alte Horaz kannte
diese Ehrenmänner, als er vor 1900 Jahren in seinen
Episteln folgende nicht zu frei übersetzte Verse schrieb: „Der
Ehrenmann in des Wortes vollster und edelster Bedeutung,
auf den man mit Ehrfurcht im Staatsrath und in der Stadt-
versammlung blickt, wenn er laut vor Thron und Altar
seine Huldbildung dargebracht hat, dann öffnet er noch leise
die Lippen, um nicht gehört zu werden, und leht: Schöne
Laverna (Göttin der Gräber und der Spitzbuben), gib
mir zu hintergehen und dabei gerecht und heilig zu scheinen;
wirf Nacht auf meine Mißthaten und eine Wolfe über
meine Gaunermiene.“ —

Die „Magdeburger Zeitung“ will wissen, daß der
Papst mit der Aufnahme seiner Encyclica unzufrieden
sei, wenigstens was Italien und Frankreich beträfe. Einigen
Kardinalen gegenüber habe er sich beklagt, daß die katho-
lischen Länder für diese Anrogung weit weniger empfänglich
seien als die überwiegend protestantischen Bevölkerungen von
Deutschland und England. Also mit der Aufnahme der
Encyclica in Deutschland, nämlich durch die deutsche Unter-
nehmerklasse, wäre er so ziemlich zufrieden. Der gute heilige
Water!

Er tritt so herzlich für alle wesentlichen Interessen der
Unternehmer ein, und ist, wenn die letzteren ihm danken,
gerührt. Und das Unternehmerblatt, die „Magdeburger
Zeitung“, lobt ihn dann nochmals wegen dieser
Nährung. Sollte der französische Bourgeoisie aber
die Encyclica immer noch zu arbeiterfreundlich
sein? Oder haben die Katholiken vielleicht besser als die
Protestanten die Widerprüche in der päpstlichen Kund-
gebung gemerkt und deshalb nicht sowohl sozialpolitischen,
als religiösen Anstoß genommen? Es reimt sich nicht, wenn
als Ursache des modernen Glends in der Mitte der Encyclica
die Sünde und in ihrem Anfange die kapitalistische Pro-
duktionsweise bezeichnet wird. Entweder — oder! Gemüth
und folglich machtlos gegenüber der sozialpolitischen Gegen-
wart — oder modern und dann fort mit der Sünde als
Erklärung des Glends, fort mit der Bekämpfung der Sünde
als dem Mittel zur Beseitigung des Glends! —

Der Papst und der Peterspfennig. Der Papst
löst in seiner Encyclica die soziale Frage mit den Phrasen
der vulgären, spießbürgerlichen nationalökonomischen Weis-
heit, denen selbstverständlich ein kirchliches Gewand um-
gehängt ist. Sein Peterspfennig macht zugleich kapitalistische
Erfahrungen. Wie aus Rom berichtet wird, soll der Leiter
der Verwaltung der Peterspfennige diesen um etwa
13 Millionen gekürzt haben, indem er gute Papiere ver-
kaufte, um entwerthete römische Bantitel dagegen einzutau-
schen. An anderer Stelle wird diese Nachricht dementirt,
freilich in sehr fragwürdiger Weise. Die ganze An-
gelegenheit soll sich auf einen Mangel in der
Praxis und auf den Rückgang verschiedener Wech-
selpapiere beziehen, die für vom Papst hohen und vertrauens-
würdigen Personen gewährte Darlehen verpfändet sind.

Du bist immer gut zu mir gewesen und hast mich in Ehren
gehalten. Das werd' ich Dir nie vergessen.“

Sie schlang den Arm um seinen Hals und weinte mir
heftiger.

„Ja, ja, es ist nicht anders: in der Jugend fordert
das Herz sein Recht,“ sagte er nach einer Weile und machte
sich sanft aus Asra's Arm frei. „Es ist das Märchen des
Lebens und die Liebe treibt es um.“ Er rieth ihr, sich
nieder zu legen, bis der Doktor käme. Aber sie wollte
nicht. Wie hätte sie Schlaf finden können? Da sie
inne wurde, daß er wieder nach Jerg sehen wollte,
hieß sie ihn das Licht mitzunehmen. Seitdem sie ihm ihre
Liebe zu Ambros gestanden hatte, fürchtete sie sich
nicht mehr vor der Dunkelheit. Der Mond spielte in die
Stube herein, und sie dachte wieder an Ambros, mit dem
sie in den Kampf um die Freiheit Tyrols hatte ziehen wollen
und der nun das Vaterland meiden mußte.

Auch ihr Mann dachte an ihn, während er an dem
Bette seines Sohnes saß, und seine hagere Gestalt krümmte
sich mehr und mehr zusammen. Er merkte nicht, wie das
Licht schwebend erlosch, die Morgendämmerung in die Stube
kroch und ihr fahles Gesicht heller und heller wurde. Es
machte um die dritte Stunde sein, als er durch das Klauschen
des Bades, der unter dem Kammerfenster vorüberfloß, ein
Haderntuscheln vernahm. Langsam richtete er sich auf und
strich mit der Hand über das Gesicht. Es sollte ihm
Niemand anmerken, was er gedacht hatte. Asra hatte unter-
dessen schon den Doktor an der Hausthür empfangen und
er hörte ihn rufen:

„Bei'm heiligen Hippokrates, wenn er todt ist, hättest
Ihr mich nicht aus dem Bett zu jagen brauchen.“

Die Natur hatte ihn mit einem Paar kräftigen Lungen
ausgestattet und Grobheit gehörte damals und noch lange
nachher zum ärztlichen Handwerk. Zu einem höflichen Arzt
würde Niemand Vertrauen gehabt haben und am wenigsten
der Landmann. Doktor Osler besaß diese Tugend in
großem Maße. Er stand am Anfang der Vierzig, war von ge-
drungenem Körperbau und hatte ein Gesicht, das der gute
tyroler Wein und der küßliche Aufenthalt in der freien Luft
braunroth gefärbt hatten. Seine Krankenbesuche auf dem

Land machte er gewöhnlich zu Pferde und im stunden-
weiten Umkreise von Brunnau kannte man den frommen
Doktor Osler und seinen Herrn im flächengrünen Hei-
rock mit blanken Messingknöpfen und großen Seitentaschen.
Dazu trug er gelbe Lederhosen und Stulpenstiefel mit
schweren Anschlappsporen. Eine am Sattelmüßpe hängende
Lebertasche enthielt sein „Handwerkzeug“. Jetzt trug er die
Tasche am Riemen in der Hand und über den Rock hatte
er für die Nachtfahrt einen Mantel geworfen.

„Also das ist das Unglücksmurm?“ rief er, an das
Bett Jergs geföhrt. „Donnerwetter, sieht der aus! Jetzt
schaffet warmes Wasser. Daran habt Ihr natürlich nicht
gedacht, daß man das braucht, um ihm das Blut abzu-
waschen. Wie solltet Ihr auch.“

Asra eilte nach der Küche und er fühlte Jerg den Puls,
legte das Ohr auf sein Herz und betastete den Kopf mit
gespreizten Fingern. Dann begann er, ohne sich um den
Müller zu kümmern, Schere, Messer, Pflaster, Sonden,
Charpie u. s. w. aus seiner Tasche auszupacken und nachdem
er alles auf dem Tische ausgebreitet, setzte er sich auf den
Schemel am Bette, stemmte, den Oberkörper vorbeugend,
beide Hände auf die Kniee und sagte: „Schemelbeine?
Was?“

„Ach freilich,“ seufzte der Müller. „Aber ich bit' Euch:
ist er todt?“

„Noch nicht, aber was nicht ist, kann werden,“ lautete
die wenig tröstliche Antwort. „Und jetzt hätten wir Zeit,
bis das Wasser warm ist, auf die Nachtfahrt ein Schnäpschen
zu nehmen. Aber das sage ich Euch, mit Eurem Giftzeug,
dem Enzian bleibt mir vom Leibe.“

Der Müller holte die gewünschte Herzstärkung und
verschickte, ein Stengelgläschen füllend, daß es gutes Kirsch-
wasser wäre.

„Glaubt Ihr wirklich, daß er sterben muß?“ fragte
der Alte mit ängstlicher Spannung.

„Heiliger Galen,“ schnob der Doktor, nachdem er das
Gläschen geleert hatte, „sterben müssen wir alle einmal, ob
an Schemelbeinen oder einer anderen gesegneten Krankheit,
darauf kommt doch nichts an.“

„Es ist mein einziges Kind,“ sagte Krigana leise.

Doktor Osler sah ihn scharf an, strich sich mit beiden
Händen das kurze blonde Haar rings um den Kopf in die
Höhe und murzte: „Wer hängen soll, erfährt nicht!“

Asra brachte eine Schale mit warmem Wasser, der
Doktor schlug seine Rockärmel in die Höhe und begann
seine Operationen. Der Müller und seine Frau, die ein-
ander bei der Hand gefaßt hatten, schauten ihm in der
peinlichsten Spannung zu, kaum daß sie zu atmen wagten.
Jerg gab kein Lebenszeichen von sich. Der Doktor
murmelte einmal: „Heiliger Aeskulap, das ist ja ein
Pracht-Schädelbruch!“ und die Entdeckung schien ihm Freude
zu machen. Er öffnete den Mund nicht wieder, als bis er
die Wunde gereinigt — das Haar ringsum hatte er weg-
rasirt — Charpie hineingestrichen und mit Pflaster über-
klebt hatte. Asra mußte eine Kompresse in das kalte
Wasser des Bades tauchen und er schärkte ihr ein, den
Anschlag mindestens alle zehn Minuten zu erneuern. Die
Wunde auf der Stirn hatte er mit stählernen Nadeln zu-
sammengeheftet.

„Für heute wären wir fertig,“ sagte er dann und be-
gann seine Instrumente sorgfältig zu reinigen. Nehmt ihn
ordentlich in Acht und befolgt genau die Vorschriften, die
ich Euch geben werde. Einem solchen Bauernschädel
kann man schon etwas zutrauen; aber wie der Schädel, so
war auch die Faust, die den Schlag geführt hat. Es sieht
schlecht mit ihm, verdammt schlecht. Ich gebe keinen Pfiffer-
ling für sein Leben.“

„Gottes Wille geschehe,“ seufzte der Müller mit einem
kummervollen Blick und Asra ging mit gesenktem Kopf aus
der Stube.

„Daran werden wir wohl nichts ändern,“ brummt
Doktor Osler. Er wusch sich in Jergs Waschgeschir die
Hände und nachdem er seine Instrumente in die Tasche ge-
packt hatte, sagte er rauh: „Donnerwetter, laßt die Nase
nicht hängen, Mann! Gelingt es uns, den Burschen wieder
zum Bewußtsein zu bringen, stellen wir ihn auch wohl wie-
der auf die Beine.“

(Fortsetzung folgt.)

Jedenfalls kann an diesen Begeherten der Papst auch ein Stück sozialer Frage studieren, und insbesondere so viel nationalökonomische Weisheit gewinnen, um einzusehen, wie faul Zustände sein müssen, unter denen im Handumdrehen Millionen verloren und gewonnen werden, und daß es nicht die „Begehrlichkeit“ der Arbeiter ist, welche solche wirtschaftliche Verhältnisse verschuldet. —

Zur gegenwärtigen Theuerung der nothwendigsten Lebensmittel liefert die Feststellung der Danziger Marktpreise einen sprechenden Beweis. Die „Danziger Zeitung“ berichtet darüber:

In der letzten Sitzung der städtischen Marktkommission sind die Durchschnittspreise und Bodenpreise für den Monat Mai d. J. festgestellt worden. Danach kosten je 100 Kilogramm: Weizen, gut 22,93 M., mittel 22,93 M., gering 21,93 M., Roggen, gut 20,98 M., mittel 20,98 M., gering 19,78 M., Gerste, gut 16 M., mittel 16,20 M., gering 14,70 M., Hafer, gut 16,91 M., mittel 16,51 M., Erbsen, gelbe zum Kochen 15,28 M., Speisebohnen, weiße 26 M., Erbsen 42,50 M., Kartoffeln 7 M., Nichtstroh 4,77 M., Stroh 14,70 M., Gänse, Hen 4 M., Ferkel je 1 Kilogramm: Rindfleisch 1,10 M., Kalbfleisch 1,20 M., Hammelfleisch 1,10 M., geräucherter Speck, hiesiger 1,60 M., Schbutter 2,20 M., Weizenmehl Nr. 1 41 Pf., Roggenmehl Nr. 1 37 Pf., Brotmehl 33 Pf., Gerstengraue 38 Pf., Gerstengraue 42 Pf., Buchweizenmehl 60 Pf., Hirse 45 Pf., Reis, Java, mittlerer 60 Pf., Kaffee, Java, mittlerer roh 2,50 M., Java, gelb, in Schokolade 2,80 M., Speisefah 20 Pf., Schweinefleisch, hiesiges 1,60 M., Eier für 60 Stück 2,40. Aus einem Vergleich mit den Preisen des Vorjahres ergibt sich zum Theil eine ganz enorme Steigerung der diesjährigen Preise. Am meisten macht sich dieses bemerkbar bei den Kartoffeln, die im Vorjahre mit 2,50 M. bezahlt wurden und demnach heute beinahe das Dreifache kosten. Roggen wird im Durchschnitt mit 6,50 M., Weizen mit 6,20 und Gerste mit 1,50 M. mehr bezahlt. Dieses macht sich in den Preisen für Mehl geltend, von dem Weizenmehl pro Kilogramm um 9 Pf., Roggenmehl um 10 Pf. und Brotmehl um 11 Pf. theurer sind als im Vorjahre. Speisebohnen kosten pro 100 Kilogramm 4 M. mehr, während Erbsen etwas billiger notirt werden und Linsen ihren vorjährigen Preis behauptet haben. Dasselbe gilt von Butter und Schweinefleisch, dagegen ist der Preis für 60 Eier um 40 Pf. geringer als im Vorjahre. Von den einzelnen Fleischsorten zeigt Rindfleisch dieselben Preise wie im Vorjahre, die anderen weisen sämtlich Erhöhungen auf, und zwar pro Kilogramm Schweinefleisch um 20 Pf., Kalbfleisch um 5 Pf., Hammelfleisch um 10 Pf. und Speck um 20 Pf. —

Aus Miesenfisch erhalten wir eine Korrespondenz, in der es heißt: „Das Jahr ist ein trauriges. Das Wintergetreide ist zur Hälfte umgepflügt und es steht dahin, ob es die Saat zurückgibt. Wir werden im nächsten Jahre Gerstebrot essen. Der Roggen kostet schon jetzt 2 M.; was wird er im nächsten Jahre kosten? Das Sommergetreide will auch nicht von der Stelle.“ Der Schreiber dieses Briefes besitzt 180 Morgen Ackerland, zu deren Bearbeitung er 6 Pferde und 4 Ochsen gebraucht. Er wünscht sehr, daß das Getreide billiger wird. Wie wollen dies die Agrarier mit ihren gewöhnlichen Darstellungen reimen? —

Zwei neue Gerichtsentscheidungen sind von allgemeinem Interesse. Eine Feststellung der vereinigten Strafsenate des Reichsgerichts geht dahin, daß der § 193 des N.-Str.-G. (Wahrnehmung berechtigter Interessen), vorbehaltlich der tatsächlichen Umstände, auch auf die Redakteure Anwendung findet. Und zwar gilt dies sowohl für die nach gemeinem Strafrecht wie für die nach § 20, Abs. 2 des Reichs-Pressgesetzes haftbaren Redakteure. Letzteres war bisher zweifelhaft. Die Entscheidung ist den Zeitungen günstig. — Das Kammergericht hat erkannt, daß die Polizeistunde für das Lokal einer geschlossenen Gesellschaft nicht gilt, und zwar auch dann nicht, wenn ein sonst öffentliches Gastzimmer einer solchen geschlossenen Gesellschaft zum Aufenthalte dient. —

Der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten hat neuerdings an die Regierungen folgende allgemeine Verfügung erlassen: „Erfahrungsmäßig fehlt es auf zahlreichen Domänen noch an Wohnungen, um die für die Bewirtschaftung derselben unentbehrlichen Arbeiterfamilien angemessen unterzubringen und einen tüchtigen Stamm derselben den Wirthechaften zu erhalten. Auf anderen Domänen sind dergleichen ältere Wohnungen zwar vorhanden, sie sind aber theils so haufällig, daß ein Erlaß für sie alsbald nothwendig werden wird, theils entsprechen sie, da die Zimmer feucht, niedrig, wenig beleuchtet und häufig mit Ställen unter demselben Dache befindlich sind, nicht den Anforderungen, welche an dieselben im allgemeinen Interesse wie mit Rücksicht auf die Erhaltung der Gesundheit der Bewohner gestellt werden müssen. Um über diese Uebelstände und die Mittel, welche zu ihrer Beseitigung anzuhelfen sein würden, einen Ueberblick zu gewinnen, veranlasse ich die königlichen Regierungen, eine Nachweisung der in ihren Verwaltungsbezirken auf den Domänen erforderlichen, theils noch ganz fehlenden, theils des Ausbaues nothwendig bedürftigen Familienwohnungen und der zu den betreffenden Bauten in den fünf Rechnungsjahren 1892/97 eventuell erforderlichen Geldmittel aufzustellen, dabei auch die für diese Wohnungen erforderlichen Stallbauten zu berücksichtigen. Die Kosten der betreffenden Bauten sind ohne weitläufige Berechnungen nach Erfahrungssätzen oder ungefährender Schätzung in Ansatz zu bringen, wobei im Allgemeinen der Neubau von Häusern für je vier Familien in Aussicht zu nehmen ist, da es sich größtentheils nicht bewährt hat, mehr Familien in einem Hause unterzubringen. Falls in einzelnen Verwaltungsbezirken nach den bestehenden Wirtschaftseinrichtungen während eines Theiles des Jahres zu den Feldarbeiten fremde Arbeiter herangezogen werden, für deren Unterbringung angemessene Räume beschafft werden müssen, so sind die zu veranlassenden Ermittlungen auch darauf auszu dehnen, ob und wie weit ein Mangel an geeigneten Arbeiterhäusern vorhanden ist.“

Wie lange mag dieser „erfahrungsmäßige“ Zustand der Arbeiterwohnungen auf den Domänen schon bestehen, daß jetzt endlich an Vorbereitungen zur Abhilfe gedacht wird? —

O selig, o selig, ein Bergmann zu sein! In dieser Tonart preist die „Kölnische Zeitung“ das Loos des Bergmanns. Die Gefahren des Bergmannsberufs erscheinen ihr nicht sonderlich groß, denn sonst würden sich demselben nicht so viele Arbeiter zuwenden und es lieber vorziehen Kommerzienrath oder Rouponabschneider zu werden. Guten Lohn

hat der Bergmann auch, und wenn ihm derselbe nicht genügt, so kann er ihn ja selbst steigern. Die „Kölnische Zeitung“ schreibt wörtlich: „Seinen Lohn zu bestimmen hat der Bergmann selber in der Hand, da er im Bedinge (auf deutsch: im Akkord, d. h. also auf Stücklohn) arbeitet.“ Die Festsetzung des Bedinges hängt zwar noch vom Streiker und Oberstreiker ab, aber diese verfahren nach Recht und Billigkeit. Das Verlangen nach einem Mindestlohnbetrage sei bei der Bergarbeit nicht zu erfüllen. (Warum nicht?) Schließlich folgt noch das Lob der „innerlichen sinnigen Natur“ des Bergmanns, d. h. Niemand hindert ihn stillvergnügt zu sein.

Es ist merkwürdig, wie man gegenwärtig in der Bourgeois- presse auf Schritt und Tritt das Glück des Arbeiterlooses preisen hört, während wir nirgends das Glück eines Millionärs oder eines Großgrundbesizers finden. Der Arbeiter hat das Paradies auf Erden, der arme Reiche nur die Lasten und Sorgen. Könnte da nicht einmal ein Tausch eintreten? —

Die Fremdenhete in China nimmt eine immer bedrohlichere Ausdehnung an. Das „Neuer'sche Bureau“ meldet aus Sanghai, ernste Unruhen hätten in Wuhu bei Kinkiang stattgefunden; die eingeborene Bevölkerung hätte einen Zollbeamten und einen Missionar ermordet und mehrere Häuser in Brand gesteckt. Die Frauen und Kinder der Europäer hätten sich nach Kinkiang gerettet. Einem Tele- gramme des ministeriellen Londoner „Standard“ aus Shanghai zufolge haben die Gesandten Frankreichs und der Vereinigten Staaten die Aufforderung an die chinesische Regierung gerichtet, den Vertretern ihrer Staaten einen wirksamen Schutz beizugeben. Die Gesandten hätten zugleich angekündigt, ein ablehnendes Bescheid auf ihr Verlangen würde eine feindliche Aktion des französischen Geschwaders und ein Bombardement Rangking zur Folge haben, wofür die chinesische Regierung sich nicht zur Genugthuung und Schadloshaltung herbeilasse. —

Gegen die Kornzölle.

Charlottenburg. Eine Protestversammlung gegen die Kornzölle fand am Dienstag Abend in Charlottenburg statt. Die Versammlung war von etwa 500 Personen besucht. Genosse Karl Birch hatte das Referat über das Thema: „Die Kornzölle und die Reichsregierung“ übernommen. Eine Diskussion fand nicht statt, trotz Aufforderung des Vorsitzenden meldete sich auch kein Gegner zum Wort. Es wurde sodann die vom Parteivorstand vorgeschlagene Protestresolution einstimmig angenommen.

Kottbus, 10. Juni. Gestern fand hier eine Volksversammlung statt. Tagesordnung: Die Getreidezölle und die deutsche Reichsregierung. Die Parteiresolution wurde einstimmig angenommen.

Bielefeld, 8. Juni. Gegen die Kornzölle fand hier am 8. Juni eine von mehr als 600 Personen, darunter ein Sechstel Frauen, besuchte Volksversammlung statt, welche die vom Parteivorstand in Vorschlag gebrachten Resolution nach einem Vortrag des Redakteurs Groth der hier erscheinenden „Volkswacht“ und nach einer lebhaften Debatte einstimmig annahm. An letzterer theilnahmte sich auch ein nationalliberaler Anhänger der Schutzollpolitik, der Großindustrielle Fabrikant Wittenstein; derselbe verließ unmittelbar vor der Abstimmung die Versammlung. Von dieser wurde noch beschloffen, den hiesigen Stadtverordneten und dem hiesigen Magistrat Mittheilung von der angenommenen Resolution zu machen mit dem Bemerkten, daß hiesentlich diese Körperschaften dem Beispiel Berlins und anderer Industriestädte folgend, durch einen Beschluß die preussische Regierung auffordern würden, schleunigst beim Bundesrath und Reichstag den Antrag auf Aufhebung der Kornzölle einzubringen.

In Baddebaum bei Bielefeld fand eine von 300 Personen besuchte Volksversammlung statt, in welcher die Resolution einstimmig angenommen wurde.

Baddebaum b. Bielefeld, 8. Juni. Am 8. d. M. fand hier eine von über 200 Personen besuchte Volksversammlung statt, welche einstimmig der vom Parteivorstand in Vorschlag gebrachten Resolution gegen die Kornzölle zustimmte. Baddebaum ist ein Ort von gegen 6000 Einwohnern mit sehr entwickelter Eisen- und Textilindustrie. Die Protestversammlung war auch von etwa 60 Frauen und Mädchen besucht.

Viere (Dorf in Kreis Salze, Mcherrleben). Hier fand am Sonntag Nachmittag eine Versammlung unter freiem Himmel statt, in welcher unser Reichstagsabgeordneter Heine über seine Thätigkeit im Reichstage und die Kornzölle sprach. Die Versammlung war von über 800 Personen, meist Bedarbeitern, Kleinbauern und ihren Frauen besucht. Die Versammlung nahm einstimmig die Resolution der sozialdemokratischen Partei gegen die Getreidezölle an.

Hannover, 9. Juni. Die am Montag Abend im „Ballhose“ stattgehabte Protestversammlung mit der Tagesordnung: Die Kornzölle und die Reichsregierung“ war überaus zahlreich besucht. Der Referent, Reichstagsabgeordneter Wurm, begründete die Forderung, daß die Kornzölle fallen müssen, und wies auf Grundlage amtlicher Statistiken nach, wie Wenigen die Kornzölle nützen und wie sie der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung eine unentgeltliche Last sind. Die Versammlung nahm die Resolution einstimmig an.

Großenhain. Am 7. Juni fand hier eine öffentliche Versammlung statt, die trotz des anbauenden Regens von ungefähr 300 Personen besucht war. Reichstagsabgeordneter Geyer referirte erstens über „die Thätigkeit des Reichstages“ und zweitens über die „Getreidezölle und die Reichsregierung“. Mit größter Aufmerksamkeit folgte die Versammlung dem Redner und der allgemeine Beifall am Schlusse bewies Genosse Geyer, daß die Versammlung mit seinen Ausführungen im vollsten Sinne einverstanden war. Die vom Parteivorstand vorgeschlagene Resolution wurde mit dem Zusatz einstimmig angenommen: Sowie dem Bundesrath den Antrag auf Aufhebung der Getreidezölle stellen.

Langwalsdorf, Kreis Waldenburg i. Schles. Am 17. d. M. fand hier eine zahlreich besuchte Volksversammlung statt, in welcher die Resolutionen des Parteivorstandes für Aufhebung der Getreidezölle einstimmig Annahme fanden. In unserer armen Gegend, in welcher die Preise aller Lebensmittel sehr hoch und die Löhne erbärmlich niedrig stehen, fällt man die künstliche Brotvertheuerung am meisten und ist der Druck ein sehr harter.

Apolda, 9. Juni. Gestern Abend fand hier eine von über 300 Personen besuchte Versammlung statt, in welcher nach einem Referat des Genossen Karl Schulze aus Erfurt die vom Parteivorstand vorgeschlagene Resolution gegen die Stimme eines Antisemiten, der schon in der Diskussion durch seine konfusen Ausführungen die Versammelten erheitert hatte, angenommen wurde. Ferner wurden zwei Resolutionen angenommen, von denen die eine den Gemeinderath ersucht, die Verbrauchsabgaben hiesiger Stadt, soweit sie auf Lebensmittel erhoben werden, sofort aufzuheben, während die andere den Gemeindevorstand und Rath auffordert, sich dem Vorgehen der Berliner Stadtverordneten-Versammlung anzuschließen. Die Versammlung hat hier einen guten Eindruck gemacht.

Königsberg, 7. Juni. Am Freitag, den 5. Juni, fand auch hier eine große Volksversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Die Getreidezölle und die Nothwendigkeit der Aufhebung derselben. 2. Die Arbeiterfrage-Gesetzgebung und die Sozialdemokratie. Referent war der Reichstags-Abgeordnete Karl Schulze. Die Versammlung war von ca. 2000 Personen besucht und viele Hunderte mußten umkehren, weil der große Saal zu überfüllt war. Bemerkten wollen wir nur, daß in unseren Versammlungen keine Lische und Stühle existiren. Nach den sehr beifällig aufgenommenen Vorträgen wurde die bereits im „Vorwärts“ angeführte Resolution einstimmig angenommen.

Mainz, 8. Juni. Die Volksversammlung, die am 6. d. M. hier stattfand, war sehr stark besucht und nahm nach einem Referat des Genossen Jöst die Resolution einstimmig an.

Leipzig, den 9. Juni. Unter ungeheuren Andrang fand am Montag Abend die erste Versammlung in Leipzig statt, welche Stellung gegen die Getreidezölle nahm. Der „Pantheon“-Saal war überfüllt und mußte geschlossen werden; die Versammlung sowie die große Menschenmenge vor dem „Pantheon“ besetzte, welches Interesse in weiten Volkströfen für diese in Wahrheit brennende Frage vorhanden ist. Es ist dies sehr natürlich; ist doch die Brotfrage die dem Volke am nächsten liegende. Der Reichstags-Abgeordnete Geyer hielt das Referat. Nachdem die Resolution gegen die Getreidezölle einstimmig angenommen war, wurde noch folgender Beschluß gefaßt: Die am 8. Juni im Saale des „Pantheon“ zu Leipzig stattfindende, von ca. 2000 Personen beiderlei Geschlechts besuchte öffentliche Volksversammlung beschließt, an den Magistrat der Stadt Leipzig sowie an das Stadtverordneten-Kollegium das Gesuchen zu stellen, folgende Resolution zu ihrem Beschluß zu erheben:

In Rücksicht auf den hohen Stand der Getreidepreise und die durch dieselben hervorgerufene allgemeine Nothlage ersucht der Magistrat (das Stadtverordneten-Kollegium) die königliche sächsische Regierung durch ihre Vertreter beim Bundesrath für sofortige Suspension und spätere Aufhebung der Getreidezölle zu wirken.

München, 9. Juni. Die Vertreter Münchens im Reichstage haben die nachfolgende Zuschrift an den Bundesrath gerichtet:

Eine am 1. d. M. im Saale des „Edorado“ dahier stattgehabte große Volksversammlung hat die unterzeichneten Vertreter der beiden Münchener Reichstags-Wahlkreise einstimmig beauftragt, an die verbündeten Regierungen die dringende Aufforderung zu richten:

Angesichts der auf höchster gestiegenen Theuerung der unentbehrlichen Lebensmittel, welche in Zusammenhang mit den verschlechterten Geschäftsverhältnissen und Arbeitsverträgen, den breiten Schichten der Bevölkerung immer unerträglicher werdende Lasten und Entbehrungen auferlegt, der von der preussischen Regierung am 1. d. M. im preussischen Abgeordnetenhause abgegebenen Erklärung nicht zuzustimmen, vielmehr mit thätigster Beschleunigung dahin zu wirken, daß der Reichstag einberufen und demselben der Antrag auf Beseitigung der Getreidezölle unterbreitet werde!

Die Unterzeichneten theilen und unterstützen dies Verlangen, welches dem Willen und den Interessen der überwiegenden Mehrheit ihrer Wahlkreise entspricht.

München, den 8. Juni 1891.
Die Reichstags-Abgeordneten von München
I und II: Bollmar.

Birt. Bollmar.

Korrespondenzen und Parteinarbeiten.

Die Ultramontanen haben einen guten Fang gemacht. Der vom Parteivorstand als Schwindler kaltgestellte Paul Seelmann ist glücklich beim alten „Dorfpfarrer“ in Freiburg i. B. gelandet, wie aus folgendem Inserat des „Textilarbeiter“ hervorgeht:

Herr Paul Seelmann sendet uns eine Postkarte folgenden Inhalts, nachdem er zuvor einen vier Seiten langen Brief — soll heißen Rechtfertigung — an die Redaktion übermittelte:

Freiburg, 25. Mai 1891.
Ich möchte Sie darum ersuchen, die Textilarbeiter darauf aufmerksam zu machen, daß sie mir keine Briefe in mein Geschäftslokal schreiben, indem ich in meiner Stellung, die ich jetzt bekleide, kein sozialdemokratischer Agitator sein kann. Wenn die Textilarbeiter etwas mit mir auszu-machen haben, mögen sie es in dem „Textilarbeiter“ be-lannt machen, denn ich bekomme jeden Sonntag den „Texti-larbeiter“ von Vörrach in die Hände.

Mit Gruß
Paul Seelmann, Arbeiter in dem katholischen Arbeiter-Freund zu Freiburg in Baden.

NB. Ich bin kein Sozialdemokrat mehr.
Wir gratuliren dem „Katholischen Arbeiter-Freund“ zu diesem Zuwachs.

Von einem gleichwerthigen Industriekritiker, wie Seel-mann, wird aus Magdeburg berichtet. Ein gewisser Otto Kofalek, angeblich Buchbinder und in Vörsen-hal in Thüringen gemahrgelt, stellt sich den Genossen als ein Opfer des großen Breslauer Geheimbundsprojektes vor, gelegentlich dessen er mit drei Monaten bestraft und mit dem damaligen Hauptangeklagten, Genossen H. Luz, bekannt geworden sein will. Alle diese Angaben sind erlogen. Kofalek ist in den Breslauer Geheimbundsprojekten nicht mit verwickelt gewesen und Genosse Luz kennt den Lumpozug gar nicht. Kofalek hat durch seine Schwindelereien an einer ganzen Reihe von Orten die Genossen bestimmt, ihn mit kleineren oder größeren Beträgen zu unterstützen. Der Vertrauensmann in Wernburg hat denselben sogar eine schriftliche Empfehlung an die Genossen allerwärts aus-gestellt, welche dem Schwindler mittlerweile allerdings wieder abgenommen ist.

Indem wir die Genossen wiederholt vor allen dergleichen Schwindlern warnen, möchten wir denselben besonders auch empfehlen, auf Schriftstücke irgend welcher Art, welche von diesen Hechtbrüderchen vorgezeigt werden, nicht zu geben. Kein Partei-genosse ist berechtigt, Empfehlungsschreiben, welche nachher als Bettelbriefe benutzt werden können, auszustellen. Geschieht es trotz-dem, so lege man solchen Dingen keinen Werth bei. Ein wirt-licher Genosse verschmäht dergleichen Wandschmörungen seiner Partei-freunde; außerdem aber gebürt er sicher einer Organisation an, von welcher er auf Grund seiner Mitgliedschaft Respektierung zu beanspruchen hat.

Also, man halte die Augen offen und weise Schwindlern, wie Seelmann und Kofalek, die Thüre.

Soziale Ueberblick.

Döbeln, den 9. Juni 1891. Infolge Lohnreduktion befinden sich sämtliche Klempner der Großhufischen Fabrik in Streit. Vor Jung wird gewarnt. Alle Arbeiterblätter werden um Ab-druck gebeten. Alle Briefe und Sendungen sind zu richten an Otto Sohr, Bahnhofstr. 29.

In Mannheim befinden sich, wie uns ein Privattelegramm meldet, sämtliche Dockarbeiter im Auslande. Zugung ist fernzu-zulassen.

Theater.

Donnerstag, den 11. Juni.
 Opernhaus. Lohengrin.
 Schauspielhaus. Die Anna-Lise.
 Berliner Theater. Der Hüttenbesitzer.
 Deutsches Theater. Der Attaché.
 Friedrich-Wilhelmstadt. Theater.
 Ein dunkles Geheimnis.
 Wallner-Theater. Der verlorene Sohn. Vorher: Das Modell.
 Belle Alliance-Theater. Tricoche und Coquet.
 Abend-Theater. Berlin unter Wasser.
 Saison-Theater. Vorstellung.
 Kaufmann's Variété. Große Spezialitäten-Vorstellung.
 Concordia. Große Spezialitäten-Vorstellung.

Stablissement Buggenhagen am Moritzplatz.

Täglich:
Unterhaltungs-Musik.
 Direktion J. Hödmann.
 Dienstag und Freitag: Walzer-Abend.
 Großer Frühstücks- und Mittagstisch.
 Spezial-Auswahl von Bismarck-Export-Bier, Seidel 15 Pf.
F. Müller.

Passage-Panopticum.

Unter den Linden 22/23.
Knabe mit 2 Köpfen.
Indier mit 4 Armen, 4 Beinen.
Bartdame.
Vitreo
 ist Coars, Glas, alte Stiefel etc. etc.
 Spezialitäten-Theater v. 6-10 Uhr.
 Geöffnet von Morgens 10 Uhr.

Castan's Panopticum.

Jetzt: Friedrichstr. 165, Ecke Behrenstrasse.
 Neu:
Hamilton-Theater
 Originell! Ueberraschend!
 Geöffnet v. 9 Uhr früh bis 10 Uhr Abends.
 Entree 50 Pf. Kinder 25 Pf.

Moabiters Gesellschaftshaus.

Alt Moabit 80-81.
 Artistische Leitung Wilhelm Fröbel.
 Täglich Gr. Konzert.
Spezialitäten-Vorstellung.
 Großer Erfolg!
 des neu engagierten sensationellen **Künstler-Personals.**
 Kolossaler Jubel!
 der u. k. omischen Fantomime **Die lustigen Schneider.**
 Anfang Sonntags 4 Uhr. Wochentags 5 Uhr. Entree 30 Pf. Referentier Platz 50 Pf. - Kaffeelücke ist geöffnet.
 Volksbelustigungen aller Art.
 Sonntag, Montag, Mittwoch
Grosser Ball.
 Helmuth Peters.

Rheinländischer Tunnel.

Concert-Salon u. Restaurant.
 Berlin N., Elsassstrasse 73, gegenüber der Bergstraße.
 Der **Gambrius-Salon** und das **Photographische Atelier** sind neu eingerichtet.
Jeder Gast, auch wenn derselbe für nur 10 Pf. verzehrt,
wird gratis photographirt!
 Höchste Scherzhaft. Großer Jubel!
Vorzügliches Lagerbier, à Seidel 10 Pf.
H. Schultze (mit n. b.)

Evora-Bräu!

Fürth. Echt Bayerisch-Bier. Nürnberg.
 30 Flaschen 3 M.
 In Gebinden von 17 Liter an.
 8211.] **Berlin, Lagerhof 3.**

Bereinsabzeichen.

Stempel u. Gravirung, empf. d. Genossen G. Kleist, Waldemarstr. 48.

Nothabak A. Goldschmidt.

Spanbauerbrücke 6, am hiesigen Plage bekanntlich **Größte Auswahl.** Garantiert **schon brennende Tabake.** Streng reelle Bedienung, billigste Preise! **Sämtliche im Handel befindl. Nothabake** sind am Lager.
A. Goldschmidt, Spanbauerbr. 6, am Gade'schen Markt. [746

Kinderwagen.

größtes Lager, billigste Preise von **7 Mark** an [702b
 Oranienstr. 3, im Korbgeschäft.

Fachverein der Tischler.

Am Montag, den 15. Juni, findet das

XI. Stiftungs-Fest

des Vereins in der „Neuen Welt“, Hasenhaide, statt.

Konzert, Festrede, gehalten vom Reichstagsabgeordneten W. Liebknecht.

Auftreten des gesammten Künstler-Personals, **Sommernachts-Ball** im Bal champêtre.

Großes Brillant-Feuerwerk.

Die Kaffeelücke ist von 2 Uhr an geöffnet. Jedes Kind erhält am Eingang eine Stocklaterne gratis. Abends Fackelzug. **Programms gratis an der Kontrolle.** - Herren, welche am Tanz teilnehmen, zahlen **50 Pfennig nach.**

Billets à 80 Pf. sind auf allen Zahlstellen des Vereins, sowie bei folgenden Herren zu haben:
 Apelt, Sebastianstr. 27/28; Glocke, Lauscherstr. 52, 3 Tr.; Wiedemann, Wallstraße 7/8 (Arbeitsnachweis der Tischler); Mende, Wienerstr. 57, v. 2 Tr.; Montan, Kreuzbergstr. 9, Quergebäude 3 Tr.; Schulz, Briegerstr. 42, v. 4 Tr.; Niels, Adalbertstr. 9, vorn 4 Tr.; Haberland, Reichendergerstr. 181, v. 2 Tr.; Hoffmann, Straußbergerstr. 36, Hof 4 Tr.; Rambow, Dieffenbachstr. 70, vorn 2 Tr. bei Mehlke; Potengowski, Jossenerstr. 40, Hof part.; Witte, Invalidenstraße 21, v. 2 Tr.; Lenz, Dieffenbachstr. 67, v. 1 Tr. bei Walthers; Rede, Probenstr. 18, Hof 3 Tr. bei Schirmer; Boian, Wienerstr. 30, v. 4 Tr.; Brose, Nixdorf, Berlinerstr. 114, 1 Tr.; A. Schmidt, Grüner Weg 103, Hof Quergeb. 2 Tr.; Häusler, Schulstr. 51; Bogasch, Friedenstraße 89, 3 Tr.; Hein (Neu-Weissenhof), Charlottenstr. 156; Reichert, Fürbringerstr. 25, Hof 1, 2 Tr.; Brubns, Brangelstr. 61; Hegeler, Briegerstr. 40; Brunert, Mantuffelstr. 64, 2 Hof 4 Tr.; Koblenger, Adalbertstr. 96; Franz, Chorinerstr. 18; Klawitter, Oppelnerstr. 16, 3 Tr.; J. Conrad, Barwalderstr. 58, Quergeb. 2 Tr.; Ding, Barwalderstr. 8, Hof 1, 4 Tr.; H. Kuhn, Admiralstr. 37, v. IV b. Sieg; D. Klein, Kottbuser Damm 14; Wilschke, Junferstr. 1; Nerlau, Jahnsstr. 8; G. Schulz, Admiralstraße 40; Neiß, Mariannenstr. 18, v. 4 Tr.; Georgi, Simonstr. 22, v. 4 Tr.; Zeige, Sorauerstr. 4, v. 1 Tr.
Der Vorstand.

Großes Sommer-Fest,

veranstaltet von Mitgliedern der **Zentral-Kranken- und Sterbefälle der Tischler u. s. w. (F. F.)** zum Besten ihrer Invaliden

am **Sonabend, den 13. Juni 1891, im Etablissement „Eiskeller“, Chausseestrasse Nr. 88,** unter Mitwirkung des Arbeiter-Gesangvereins „Nord“.

Große Spezialitäten-Vorstellung.

In beiden Sälen **Tanz.** Herren, die am Tanz teilnehmen, zahlen **50 Pf. nach.** Die Kaffeeküche ist von 2 Uhr an geöffnet.
Grosse Fackel-Polonaise.
 Anfang 4 Uhr. Entree 30 Pfennig.
 Billets sind in sämtlichen Zahlstellen, sowie in den mit Plakaten versehenen Geschäften und Lokalen zu haben.
Die Ortsverwaltung.

Unterstützungsv. der Maurer im Westen Berl.

Großer Sommernachts-Ball

am **Sonabend, den 13. Juni, im Lokale Königshof, Gölowsstr. 37.** Anfang 8 Uhr.
 Herrenbillet 50 Pf. Damenbillet 30 Pf. - Um zahlreichen Besuch
Das Komitee.

Freie Vereinigung der Eisenfieder u. Bernisgen.

Sonabend, den 13. Juni, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Hrn. Schaffer, Inselstraße 10:

Mitgliederversammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag (Referent wird in der Versammlung bekannt gemacht). 2. Diskussion. 3. Entziehung der Monatsbeiträge, Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Welcher Organisation schließen wir uns an? 5. Verschiedenes. Die Mitglieder werden ersucht, recht zahlreich in der Versammlung zu erscheinen, und die noch fernstehenden Kollegen auszufordern, der Organisation beizutreten. Gäste sind willkommen. **Der Vorstand.** [202/8

Riftenmacher!

Sonntag, den 14. d. M. findet die **Herrenpartie nach Birkenwerder** statt. Abfahrt vom Steintiner Bahnhof 6 Uhr, letzter Zug mit Arbeiterbillet 7 Uhr. Um rege Beteiligung bittet
Der Vorstand.

Achtung! Lackierer!

Herren-Partie nach Johannisthal

Sonntag, den 14. Juni, früh 6 Uhr. Treffpunkt bei Tempel, Breslauerstr. 27, für Nachzügler bis 10 Uhr bei Senf-leben, Johannisthal. 214/5

Cöpenick. Landpartie des Arbeitervereins nach Rauen.

Treffpunkt früh 6 1/2 Uhr Bahnhof Cöpenick. Abfahrt 6 Uhr 55 Minuten. Alle Parteigenossen sind eingeladen.
Der Vorstand.

Neue Welt, Hasenhaide 36.

Montag, den 22. Juni 1891:

Großes Sommer-Fest

des Fachvereins sämtl. in der Musik-Instrumenten-Industrie beschäftigten Arbeiter.

Konzert und Sommernachts-Ball

im neu erbauten Bal champêtre. Austr. des gesammten Künstlerpersonals.
Großes Montre-Feuerwerk.
 Jedes Kind erhält am Eingang der Neuen Welt eine Stocklaterne gratis. Der Fackelzug beginnt bei Anbruch der Dunkelheit. **3 Kinder-Vorstellungen** finden statt. Das Konzert beginnt um 4 Uhr. Programm an der Kasse gratis. Die Kaffeelücke ist den geehrten Damen von 2 Uhr an geöffnet. Entree 30 Pf. Herren, welche am Tanz teilnehmen, zahlen 50 Pf. extra.
 Freunde und Gönner ladet hierzu freundlichst ein **Das Komitee.**

Billets im Vorverkauf sind zu haben bei den Kollegen AdS, Markusstraße 27, Portal II 3 Tr.; Mendorf, Stalitzerstr. 18, 3 Tr.; Heinrich, Wienerstraße 45, 3 Tr.; Seeliger, Wasserhorstr. 18, 1 Tr.; Knabe, Lauscherstr. 43, 2 Tr.; Martin, Gitschinerstr. 66, 2 Tr.; Meyer, Andreassstr. 12; Arndtstraße 34 im Restaurant bei Grote; Otto Klein, Kottbuser Damm 14. [875/3

Maurer.

Große öffentliche General-Versammlung der Maurer Berlins und Umgegend

Sonntag, d. 14. Juni, im Feen-Palast, Burg- u. St. Wolfgangstr.-Ecke.
 Tages-Ordnung:

1. Die Lohnrückerei der Bauunternehmer Berlins den heutigen Verhältnissen gegenüber und wie wollen die Maurer ihre Lage verbessern? 2. Diskussion. 3. Gewerkschaftliches. - Zur Deckung der Unkosten findet eine Zellerfassung statt. Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, zu erscheinen.
 Der Vertrauensmann: **W. Garbe, Ostbahnhof 15.**

Arbeiter-Bildungs-Schule.

Freitag, den 12. d. M., Abends pünktlich 8 1/2 Uhr:
Versammlung bei Joël, Andreassstraße 21.

Erster Cyclus-Vortrag des Herrn **G. Ledebour** über: „**Kassenkunde und Argeschichte**“. (Die Vorträge werden wöchentlich fortgesetzt werden). Das Mitgliedsbuch legitimiert. Gäste zahlen 20 Pf.
Der Vorstand.

Oeffentliche Versammlung für Männer und Frauen

am **Sonabend, den 13. Juni, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Reichert, Müllerstr. 7.**

Tagesordnung: 1. Vortrag des Regierungs-Baumeisters a. D. **Kestler** über: „Die Familie und die Sozialdemokratie“. 2. Diskussion und Verschiedenes. - Nach der Versammlung findet ein **geselliges Beisammensein** verbunden mit **Tanz** statt. Zur Deckung der Unkosten findet eine Zellerfassung statt.
Der Einberufer.

Weberei

Breitestr. 20
 Ich wieder ein großer Posten **Seiden, Läden, Bettzeuge, Shirting, Dowlas, Hundentuch**, in der **Weberei** etwas angekauft, sonst ganz fehlerfrei, bedeutend **unterm Fabrikpreis.**

1 Posten **Sommeranzüge**, Nr. 45, früher 75 Pf. 1 Posten **Mousselin de laine**, reine Wolle, Meter 65 Pf. 6591.

Meine Freunde und Parteigenossen

bitte ich, für mich bestimmte **Sudbinder-Arbeiten** nach wie vor bei folgenden Genossen mit **Knaabe** etc Adressen abzugeben: Wilschke, Junferstraße 1 und Kahbachstr. 1; G. Schulz, Gärten-Geschäft, Kottbuser Platz; Schweitzer, Cigaretten-Geschäft, Dresdenerstraße 53/54 (City-Passage); Bogasch, Langestr. 70; W. Schweitzer, Nixdorf, Hermannstraße (Cigaretten-Geschäft); Gnadt, Brunnenstr. 38, (S15) **Const. Janiszewski**, Buchbinderei, Kottbuser Damm 99, Hof part.

Den Parteigenossen empfehle ich zur Anfertigung eleganter Herren-Garderobe.

Otto Beckurts, Seidelstr. 25, Hof 3 Tr. [1189/5
Garbier-Geschäft, elegant eingerichtet, nachweislich gut gehend, ist Umstände halber preiswerth zu verkaufen. Näheres im Zeitungsgeschäft, Wienerstr. 1. [124/5

Berlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Berlin SW., Beuthstraße 2.

Gewerbe-Ordnung für das Deutsche Reich

vom 21. Juni 1869, in der Fassung des Reichsgesetzes vom 1. Juli 1883 und unter Berücksichtigung der durch die Gesetze vom 8. Dezember 1884, 29. April 1886, 6. Juli 1887 und die Novelle von 1891 eingeführten Aenderungen.

Mit erläuternden Anmerkungen und ausführlichem Sachregister. 16 1/4 Bogen Taschenformat. Preis elegant kartoniert **1 Mark.**

Welche Bedeutung die „Gewerbe-Ordnung“ für alle Zweige des Erwerbslebens besitzt, ist bekannt. Aus ihr ergibt sich die Nothwendigkeit der Anschaffung für Jeden, der, sei er selbständiger Gewerbetreibender oder Arbeiter, in die Lage kommt, sich über die gesetzlichen Vorschriften desselben informieren zu müssen. Eine erhöhte Bedeutung hat dieselbe erlangt durch die Novelle von 1891, das sogenannte „**Arbeiterchutz-Gesetz**“, dessen Kenntnis unentbehrlich ist. Wir brauchen dabei nur auf die Bestimmungen über die „**Sonntagsruhe**“ und den „**Kontraktbruch**“ hinzuweisen, die in Zukunft von einschneidender Wirkung sein werden.
 Unsere Ausgabe der „**Gewerbe-Ordnung**“ ist dem Bedürfnis der Arbeiter angepasst; sie zeichnet sich sowohl durch sorgfältige Bearbeitung, gemeinverständliche Erläuterungen und ein erschöpfendes Sachregister, als auch durch geschmackvolle Ausstattung und billigen Preis vor anderen Ausgaben derselben vortheilhaft aus.

Bereinen und Wiederverkäufern gewähren wir beim Parthiebezug entsprechenden **Rabatt.**

Der Sozialismus und die Straf-Rechtspflege.

L.

Dieses interessante Thema behandelt Rechtsanwalt Ludwig Fuld in der „Gegenwart“ (vom 23. Mai d. J.).

Der moderne Sozialismus leistet sich nun nach Fuld eben solche Phantastereien.

Zuerst sei der Fortfall des Verbrechens im sozialistischen Staate von italienischen Sozialisten betont worden.

Fuld geht nun von der Annahme aus, die Sozialisirung der Gesellschaft sei eine Thatsache geworden.

Er schreibt: Der Sozialismus sieht in dem Verbrechen lediglich eine pathologische Erscheinung.

Der Sozialismus sieht in dem Verbrechen lediglich eine pathologische Erscheinung des gegenwärtigen sozialen Lebens.

Der Sozialismus sieht in dem Verbrechen lediglich eine pathologische Erscheinung des gegenwärtigen sozialen Lebens.

Der Sozialismus sieht in dem Verbrechen lediglich eine pathologische Erscheinung des gegenwärtigen sozialen Lebens.

Der Sozialismus sieht in dem Verbrechen lediglich eine pathologische Erscheinung des gegenwärtigen sozialen Lebens.

Der Sozialismus sieht in dem Verbrechen lediglich eine pathologische Erscheinung des gegenwärtigen sozialen Lebens.

Der Sozialismus sieht in dem Verbrechen lediglich eine pathologische Erscheinung des gegenwärtigen sozialen Lebens.

Der Sozialismus sieht in dem Verbrechen lediglich eine pathologische Erscheinung des gegenwärtigen sozialen Lebens.

Der Sozialismus sieht in dem Verbrechen lediglich eine pathologische Erscheinung des gegenwärtigen sozialen Lebens.

Der Sozialismus sieht in dem Verbrechen lediglich eine pathologische Erscheinung des gegenwärtigen sozialen Lebens.

Der Sozialismus sieht in dem Verbrechen lediglich eine pathologische Erscheinung des gegenwärtigen sozialen Lebens.

Der Sozialismus sieht in dem Verbrechen lediglich eine pathologische Erscheinung des gegenwärtigen sozialen Lebens.

Der Sozialismus sieht in dem Verbrechen lediglich eine pathologische Erscheinung des gegenwärtigen sozialen Lebens.

Der Sozialismus sieht in dem Verbrechen lediglich eine pathologische Erscheinung des gegenwärtigen sozialen Lebens.

Der Sozialismus sieht in dem Verbrechen lediglich eine pathologische Erscheinung des gegenwärtigen sozialen Lebens.

Der Sozialismus sieht in dem Verbrechen lediglich eine pathologische Erscheinung des gegenwärtigen sozialen Lebens.

Der Sozialismus sieht in dem Verbrechen lediglich eine pathologische Erscheinung des gegenwärtigen sozialen Lebens.

Der Sozialismus sieht in dem Verbrechen lediglich eine pathologische Erscheinung des gegenwärtigen sozialen Lebens.

Der Sozialismus sieht in dem Verbrechen lediglich eine pathologische Erscheinung des gegenwärtigen sozialen Lebens.

Der Sozialismus sieht in dem Verbrechen lediglich eine pathologische Erscheinung des gegenwärtigen sozialen Lebens.

Der Sozialismus sieht in dem Verbrechen lediglich eine pathologische Erscheinung des gegenwärtigen sozialen Lebens.

Der Sozialismus sieht in dem Verbrechen lediglich eine pathologische Erscheinung des gegenwärtigen sozialen Lebens.

Der Sozialismus sieht in dem Verbrechen lediglich eine pathologische Erscheinung des gegenwärtigen sozialen Lebens.

Der Sozialismus sieht in dem Verbrechen lediglich eine pathologische Erscheinung des gegenwärtigen sozialen Lebens.

Der Sozialismus sieht in dem Verbrechen lediglich eine pathologische Erscheinung des gegenwärtigen sozialen Lebens.

Der Sozialismus sieht in dem Verbrechen lediglich eine pathologische Erscheinung des gegenwärtigen sozialen Lebens.

die in einer Gemeinschaft lebt, und die Weigerung der Gesellschaftsmitglieder, die ihnen zugewiesene Arbeit zu verrichten, kann doch unmöglich ungerügt gelassen werden.

Geiß — Vergehen oder Verbrechen werden nicht mit einem Schläge ausgetrotzt werden, werden vielleicht nie ganz verschwinden.

Für diese sozialistische Behauptung giebt es nun Beweismaterial in Hülle und Fülle.

Bei der Kriminalstatistik für die sozialistische Auffassung spricht der Rechtsanwalt Herr Ludwig Fuld gar nicht, und wir behaupten, er ignoriert nicht deshalb die Kriminalstatistik gänzlich, weil er sie nicht kennt.

Das werden wir in einem zweiten Artikel beweisen.

Lokales.

Eugen Richter brachte letzthin die Nachricht, auch in Elbing sei der sozialdemokratische Parteikassierer durchgebrannt.

Die „Kreuz-Zeitung“ empfiehlt Selbsthilfe durch Knüppel oder Säbel bei Verleidigungen.

Der Postverkehr zwischen Berlin und Rixdorf scheint doch schwieriger zu sein, als Mancher sich vielleicht träumen läßt.

Ein Genosse schreibt uns: Zum 2. Juni, Abends 8 Uhr, hatte ich eine Versammlung aller gewerblichen Hilfsarbeiter Berlins einberufen.

Soweit der Brief! Wir wollen nun allerdings nicht verschweigen, daß nach unserer Ansicht der Mummel bei der Post dadurch verursacht ist, daß die Sendung nach Rixdorf, Jägerstraße, adreßirt war und, nach dem Bestellstempel zu urtheilen, zunächst nach Berlin, Jägerstraße, gesandt ist.

Von sachverständiger Seite wird uns geschrieben: Ein hiesiges Blatt, welches seinen Lesern gewohnheitsgemäß allen möglichen Unsinn aufzählt, unternimmt, um die Sauregurkenzeit angenehmer zu färzen, eine öffentliche Diskussion über den Krammetsvogelzug.

Wildschaden-, Waldschuß- und Jagd-Polizeigesch haben in letzter Zeit lange Debatten hervorgerufen.

Über das Befinden der dem Zirkus Carré angehörigen Verletzten erzählt der „Hannov. Courier“ folgendes: Gefäßschiffahrer Rabe, Klown Carpini und Jodexreiter Achille Anella sind bereits aus dem Stadtfrankenhaus entlassen.

Über das Befinden der dem Zirkus Carré angehörigen Verletzten erzählt der „Hannov. Courier“ folgendes: Gefäßschiffahrer Rabe, Klown Carpini und Jodexreiter Achille Anella sind bereits aus dem Stadtfrankenhaus entlassen.

Vor einem Schlafstelenkies wird gewarnt. Derselbe ist von schlanker Figur, trägt einen kleinen Schnurrbart und ist mit einem dunkelkarrierten Jacket oder Gebrod bekleidet.

er heute mit Schlingen betrieben wird, aus der Welt zu schaffen. Vieles ist schon für, vieles wider diese Fangmethode geschrieben worden; alle Worte haben aber das Eine nicht leugnen können, daß, fängt sich der Krammetsvogel nicht „regelrecht“, er unter langen martervollen Qualen sein Singvogelleben aushauchen muß.

In jedem Sommer fast werden Klagen laut über Rücksichtslosigkeiten, welche sich Führer von Vergnügungsdampfern ihren Fahrgästen gegenüber zu Schulden kommen lassen.

Die Mannschaften der ersten Kompagnie des Kaiser Franz-Grenadier-Regiments, die vorestern vom Blitz getroffen wurden, bedürfen noch immer ausnahmslos einer gewissen Schonung.

Glend ums Leben gekommen. Am Montag Nachmittag in der fünften Stunde fahren zwei junge Leute im Alter von 18 und 20 Jahren von der Krüger Biegelei in einem Handkahn nach dem im Kummelsburger See gelegenen Falkenhorn.

Ueber das Befinden der dem Zirkus Carré angehörigen Verletzten erzählt der „Hannov. Courier“ folgendes: Gefäßschiffahrer Rabe, Klown Carpini und Jodexreiter Achille Anella sind bereits aus dem Stadtfrankenhaus entlassen.

Ueber das Befinden der dem Zirkus Carré angehörigen Verletzten erzählt der „Hannov. Courier“ folgendes: Gefäßschiffahrer Rabe, Klown Carpini und Jodexreiter Achille Anella sind bereits aus dem Stadtfrankenhaus entlassen.

Ueber das Befinden der dem Zirkus Carré angehörigen Verletzten erzählt der „Hannov. Courier“ folgendes: Gefäßschiffahrer Rabe, Klown Carpini und Jodexreiter Achille Anella sind bereits aus dem Stadtfrankenhaus entlassen.

Vor einem Schlafstelenkies wird gewarnt. Derselbe ist von schlanker Figur, trägt einen kleinen Schnurrbart und ist mit einem dunkelkarrierten Jacket oder Gebrod bekleidet.

erst schicken lassen müsse) bringen würde. Auf der Wache ist der Schwindler natürlich garnicht gewesen. Der Gauner wogte nun die Witwe in Sicherheit, zahlte auch zwei Mark auf die Miethe an, um bei der nächsten Gelegenheit Alles zu stehlen, was er erlangen kann. Der von ihm angegebene Name ist falsch. Auf diese Weise hat er am Mittwoch voriger Woche eine arme Witwe in der Rüdgersdorferstraße heimgeführt und einen dunkelbraunen Anzug (Kleingewand) und eine Goldener-Uhr mit grauem Zifferblatt gestohlen. Sollte Jemand über den Spübuben oder die gestohlenen Sachen Kenntniss erhalten, so wird gebeten, der Polizei Anzeige zu erstatten. Die Photographie des Spübuben ist auf dem Präsidium in Augenschein zu nehmen.

Weiteren Gesprächsstoff bildet eine Episode aus der letzten Sitzung der Spandauer Stadtverordneten. Wegen Vernehmung der Mitglieder der städtischen Körperschaften, die sich infolge der Zunahme der Bevölkerung als notwendig herausgestellt hat, müssen mehrere neue Sitze geschaffen werden. Der Magistrat, der aus vierzehn Herren besteht, wünscht nun, daß der Bürgermeister im Sitzungssaal sich vor ihnen durch einen erhabenen Sitz auszeichne; für das Stadtoberhaupt war daher ein besonderer in seinem Ansehen ausgezeichneter Sessel beantragt worden. Obwohl letzterer aber nur fünf Mark mehr kosten sollte, als die übrigen Sessel, lehnte die Stadtverordneten-Versammlung diese geringe Mehrausgabe doch mit allen gegen eine Stimme ab. Man meinte, der Bürgermeister brauche nicht höher und weicher zu sitzen, als die übrigen Magistratsmitglieder.

Polizeibericht. Am 9. d. M. Vormittags fiel auf dem Schleifweg der mit der Ausbesserung des Westbadeschiffes der neuen Halle beschäftigte Klempnergeselle Carl Schulz infolge eines Fehltritts von demselben herab und erlitt dabei einen Bruch des Oberarmes, so daß er nach dem Krankenhause am Friedriehshain gebracht werden mußte. — Gegenüber dem Hause Engel-Ufer 5 sprang Abends ein Mädchen in den Louisenstädtischen Kanal, wurde jedoch noch lebend aus dem Wasser gezogen und nach seiner Wohnung gebracht. — In der Nacht zum 10. d. M. stürzte sich ein Mann in einem Anfälle von Verfolgungswahn aus dem Fenster der im ersten Stock eines Hauses der Badstraße belegenen Wohnung seines Vaters auf den Bürgersteig hinab und erlitt dabei so schwere Verletzungen am Kopfe, daß seine Überführung nach der Charité erforderlich wurde. — Im Landwehr-Kanal, an der Corneliustrasse, wurde zu derselben Zeit die bereits stark verwehte Leiche eines unbekannt, etwa 30 Jahre alten Mannes angeschwemmt. — Am 9. d. M. fanden drei kleine Wunden statt.

Gerichts-Beitung.

Einer der gefährlichsten Repräsentanten des Berliner Strychthums, ein gewisser Friedrich Gerner, stand gestern nebst dem Opfer Karl Kallenbach vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts I, um sich wegen schwerer Körperverletzung zu verantworten. Ein dritter Angeklagter, der ebenfalls bei der Ausschreitung delinquent gewesen, hat nicht ermittelt werden können. In der Nacht zum 8. November v. J. ging der Züchternreiter Schreiber, ein schon bejahrter Mann, mit einem Begleiter durch die Mühlstraße. In einem Thorwege fanden die beiden Angeklagten und der erwähnte Dritte, die von den beiden Vorübergehenden scharf angesehen wurden. Dies erregte den Unwillen der Angeklagten dermaßen, daß sie den beiden Männern nachliefen und mit Schlägen über sie herfielen. Besonders Schreiber wurde arg zugerichtet, er erhielt vier Messerstiche in den Kopf und mit einem Schraubenschlüssel wurde ihm außerdem noch eine schwere Verletzung zugefügt. Das der Angeklagte Kallenbach ein Messer gebraucht hatte, wurde nicht für erwiesen erachtet; gegen ihn beantragte der Staatsanwalt ein Jahr Gefängnis, gegen den vielsach vorbestraften Gerner dagegen drei Jahre Gefängnis. Der Gerichtshof war der Ansicht, daß derartige gemeingefährliche Tathaten wie Gerner's einer sei, nicht hart genug bestraft werden könnten; gegen ihn wurde auf vier Jahre Gefängnis erkannt, während Kallenbach mit sechs Monaten Gefängnis davonkam.

Um fünf Straußfedern zum Werthe von 7 M. 50 Pf. handelte es sich in einer Diebstahlsanfrage, welche gestern vor der II. Strafkammer des Landgerichts I gegen den Hauptamtsdiener Ferdinand Eckbrecht verhandelt wurde. Der Angeklagte war bei der Hauptzoll-Abfertigungsstelle angestellt, wo es besonders zu seinen Obliegenheiten gehörte, die Pakete an das Publikum herauszugeben. An einem februarartigen zeigte der Kaufmann Seligmann an, daß aus einem Paket, das ihm kurz zuvor vom Angeklagten ausgehändigt worden war, fünf Stück Straußfedern fehlten. Derselben wurden in dem Kasten des Tisches gefunden, an welchem der Angeklagte arbeitete. Es wurde ihm der Vorwurf des Diebstahls gemacht und seinen Vorgesetzten räumte er auch ein, daß er sich die Federn angeeignet habe. Im Verhandlungstermine widerrief der Beschuldigte dies Geständnis, welches ein erzwungenes sein sollte. Seitens seiner Vorgesetzten sei ihm mit der Polizei und dem Zuchthaus gedroht worden, seine Ehefrau sei schwer krank gewesen und er habe völlig den Kopf verloren. Das fragliche Paket müsse mangelhaft verschickt gewesen sein, er habe die Federn auf dem Fußboden gefunden und sie einzuwickeln in den Tischkasten gelegt, der allen Beamten, die in dem Raume thätig waren, zur Verfügung stand. Es war ein großer Zeugenapparat aufgebunden worden, um den Angeklagten zu überführen. Es wurde allerdings festgestellt, daß der Angeklagte sich seinem Vorgesetzten gegenüber sehr verdächtig benommen habe, aber auch, daß derselbe die Federn, oberflächlich in Papier gehüllt, vornan in den Tischkasten gelegt hatte, so daß sie Jedem in die Augen fallen mußten, der den Kasten öffnete. Der Zeuge Seligmann hielt es zwar nicht für wahrscheinlich, aber doch auch nicht für unmöglich, daß die fünf Federn aus dem durch den Transport beschädigten Paket hinabgefallen sein könnten. Der Staatsanwalt konnte diesen geringen Entlastungsmomenten gegenüber seinen früheren Geständnissen einen Werth nicht beilegen. Er hielt den Angeklagten nicht des Diebstahls, sondern der Unterschlagung im Amte für überführt und beantragte gegen ihn eine Gefängnisstrafe von drei Monaten.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Reiche, plaidierte für Freisprechung. Der Gerichtshof hielt den Sachverhalt nicht für genügend aufgeklärt, um den Angeklagten für überführt zu erachten und fällt deshalb ein freisprechendes Urtheil.

Die für Gastwirthe interessante Frage, ob nach der heutigen Gesetzgebung dem Ehegatten einer wegen schweren Diebstahls mit sechs Monaten Gefängnis bestrafte Frau die Schankkonzession anvertraut werden könne, beschäftigte nach einander die beiden Instanzen der für Berlin zuständigen Verwaltungsgerichte. Der Schankwirth H. kam für ein Total in der V-Strasse um die Erlaubnis zum Betriebe der Schankwirtschaft beim hiesigen Stadtausschusse ein, wurde jedoch von dieser Behörde abschlägig beschieden, weil das königl. Polizeipräsidium mit Rücksicht auf die schwere Vorbestrafung der Ehefrau des Antragstellers Widerspruch erhob. Namens des H. beantragte hiergegen Rechtsanwalt Leopold Meyer Eröffnung des Verwaltungsstreitverfahrens und erzielte ein obliegenden Erkenntnis, durch welches dem H. die nachgesuchte Konzession erteilt wurde. — Gegen dieses Urtheil des Stadtausschusses legte das Polizeipräsidium Berufung ein und führte in derselben aus, daß die Eheleute H. als Leiter eines Schankgeschäfts zu der Befürchtung Anlaß gäben, daß sie das Schankgewerbe zur Förderung der Heilerlei und des Diebstahls mißbrauchen werden. Eine Person, welche wegen schweren Diebstahls mit der hohen

Strafe von 6 Monaten Gefängnis bestraft worden sei, bieste nicht die Gewähr, daß das Schankgewerbe ordnungsmäßig geführt werde. Die Ehefrau des Schankwirths unterstütze ihren Ehemann bei der Bedienung der Gäste, verrete ihn auch bei Abwesenheit oder Krankheit. Von einer Frau aber, die sich so schwer gegen fremdes Eigenthum vergangen, könne nicht erwartet werden, daß sie das Geschäft ordnungsmäßig mitteilen werde, vielmehr stege die Befürchtung vor, daß das Publikum gegen den mißbräuchlichen Betrieb des Schankgewerbes nicht hinreichend geschützt sei. Aus diesen Gründen beantragte das Polizeipräsidium die Aufhebung des Urtheils erster Instanz und die Verfassung der nachgesuchten Konzession. Der Vertreter des H. führte dagegen Folgendes aus: Die Ehefrau des H. habe die Straftath vor ihrer Verheirathung verübt; sie habe sich seitdem nichts zu Schulden kommen lassen, obgleich sieben Jahre darüber hingegangen sind. Antragsteller selbst sei ein völlig unbescholtener Mann, der seine Frau ohne Kenntniss von der Vorstrafe derselben geheirathet habe. Es müsse angenommen werden, daß der Antragsteller seine Frau bisher gänzlich beinhalten habe und die Unbescholtenheit seiner Person, sowie glänzende Zeugnisse desselben bieten volle Gewähr für die gute Verwaltung des Schankgeschäfts. — Der Bezirksausschuss erkannte in seiner gestrigen Sitzung, daß die Berufung des k. Polizeipräsidiums zu verwerfen und demselben die Kosten beider Instanzen aufzuerlegen seien. — Da ein weiteres Rechtsmittel gegen dieses Urtheil nicht statthaft ist, so ist letzteres rechtskräftig.

Essen, 9. Juni 1891.

Die Bochumer Steuereinschätzung-Verhältnisse vor Gericht.

Achter Tag der Verhandlung.

Trotz eines heftigen Unwetters ist der Andrang nach dem Zuschauerraum heute ebenfalls ein ganz enormer. Als Zeuge erscheint heute wiederum Geheimner Kommerzienrath Baare. Der Präsident, Landgerichtsdirektor Thüne, eröffnet gegen 9 Uhr Vormittags die Sitzung. Es nimmt sogleich das Wort der Vertreter der Nebenkläger, Justizrath Schulz (Hagen): Die Beschuldigungen, die gegen die Ehre meines Mandanten, des Herrn Geheimen Kommerzienrath Baare am Freitag erhoben wurden, sind derartig schwer, daß ich mich genöthigt sehe, die Genehmigung des Herrn Präsidenten einzuholen, an den Herrn Staatsanwalt die Bitte richten zu dürfen, uns gefälligst sagen zu wollen, wie weit das Untersuchungsverfahren gegen Herrn Geheimen Rath Baare wegen der angeblichen Stempelverschöpfung gediehen ist und ob, da die Zeugenvernehmung noch nicht geschlossen, es sich vielleicht doch noch ermöglichen lassen würde, die Baare'sche Angelegenheit mit der gegenwärtigen Sache wieder zu verbinden? — Staatsanwalt Sandmeier: Ich bin leider nicht in der Lage, schon heute eine bestimmte Erklärung abzugeben. Es finden bereits seit Sonnabend Nachmittag vor dem Herrn Untersuchungsrichter in Bochum Zeugenvernehmungen statt, wie weit die Sache gediehen ist, kann ich aber leider nicht sagen. Soviel kann ich allerdings bereits mittheilen: Die Zeugenvernehmungen bei dem Herrn Untersuchungsrichter in Bochum sind ja noch nicht beendet, allein dieselben haben bisher für Herrn Geh. Kommerzienrath Baare nicht im geringsten etwas Belästigendes ergeben dafür, daß derselbe von Anfertigung falscher Stempel irgend etwas gewußt hat. Davon ist bis jetzt in keiner Weise etwas erwiesen. Ob nun die Zeugenvernehmung bis Donnerstag oder Freitag zu Ende kommen wird, so daß es vielleicht möglich sein dürfte, die Baare'schen Strafentwürfe mit der gegenwärtigen Sache zu verbinden, kann ich noch nicht sagen.

Es wird alsdann in die Verhandlung eingetreten und zunächst zur Erörterung der Frage betrefend der Besteuerung des Bochumer Vereins übergegangen. — Bürgermeister Lange beklagt wiederholt: Der Einschätzung des Bochumer Vereins sei der Reingewinn des Vereins, wie er aus der Bilanz ersichtlich, zu Grunde gelegt worden. Als steuerbar sei betrachtet worden die an die Aktionäre vertheilte Dividende und die Ueberweisung an den Reservefonds. Abgerechnet vom Reingewinn wurden die bezahlten Gehälter, Pensionen, Gratifikationen u. s. w. — Präsident: Haben Sie die Bilanz auf ihre Richtigkeit geprüft? — Zeuge: Die Bilanz war so klar, daß eine nähere Prüfung nicht notwendig erschien. Wäre die Bilanz nicht richtig gewesen, dann hätten sich zweifellos die Aktionäre beschwert. Es wurden zu einer Generalversammlung extra Leute aus Berlin eingeladen. Diese trieben aber mit Herrn Geheimen Rath Baare geradezu Abgötterei. Ich mußte nach dem Verhalten der Aktionäre in der Generalversammlung von der Richtigkeit der Bilanz überzeugt sein. — Präsident: Angeklagter Fusangel behauptet Sie noch, daß die Bilanz des Bochumer Vereins falsch war? — Fusangel: Allerdings behaupte ich das. Es sind z. B. in die Bilanz nicht mit ausgenommen der Werth der Meierereien, des lebenden Inventars, des Kassenbaldes, des Kassenbaldes und des Kassenbaldes. Ich wiederhole außerdem, daß das Fahrwerk des Bochumer Vereins mit einer Mark in die Bilanz eingestellt ist. Es mag ja vom kaufmännischen Standpunkte aus ganz richtig sein, in den guten Jahren für die schlechten vorzusorgen, allein vom Standpunkte der Besteuerung ist eine solche Bilanz doch nicht als korrekt anzusehen. — Baare: Der Angeklagte thut so, als wenn er unsere Bücher genau geprüft hätte, obwohl er niemals einen Blick in dieselben gethan hat. Bei unserer alljährlich stattfindenden Inventur werden an alle Abtheilungschefs genau detaillierte Schemata ausgegeben, in die alles Material ohne Ausnahme, lächerlicherweise bis zum letzten Pfennig, aufgenommen wird. Diese Aufnahmen, die in genauer Weise eingetragen werden, füllen ein dickes, 200 geschriebene Seiten füllendes Heft. Unsere Bilanz ist so klar, daß man z. B. in Berliner Börsenkreisen es kaum verstehen würde, daß hier über dieselbe eine solche lange Erörterung stattfindet. Das Aktien-gesetz schreibt vor, daß alljährlich Abschreibungen von dem Inventar stattfinden müssen. Dieser Vorschrift entsprechend, hat die Aufnahme des Inventars stattgefunden. — Präsident: Das Hälften-fahrwerk ist nun mit 1 M. in die Bilanz gestellt, das ist doch jedenfalls bedeutend mehr werth? — Zeuge: Allerdings, unsere Fräse repräsentirt ja schon allein einen Werth von 10 000 bis 15 000 M. Aber selbst angenommen, das Hälften-fahrwerk wäre 20 000 M. werth, dann ist doch zu erwägen, daß das Fahrwerk nicht das Mindeste einbringt, sondern nur Geld kostet und daß von demselben alljährlich Abschreibungen vorgenommen werden. — Präsident: Sie behaupten also, daß all das Inventar, das der Angeklagte Fusangel in der Bilanz vermisst, in dieselbe Aufnahme gefunden hätte. — Zeuge: Jawohl. — Auf weiteres Verfragen des Präsidenten beklagt Baare: Die Pensionen und Gratifikationen waren vertragmäßig, sie bilden gewissermaßen einen Theil des Gehaltes für die verschiedenen Beamten und mußten deshalb vom Reingewinn abgezogen werden. Die Verwaltungsraths-Mitglieder erhalten z. B. kein festes Gehalt, obwohl deren Verantwortung eine ganz enorme ist. Die Verwaltungsraths-Mitglieder müssen event. mit ihrem Privatvermögen für etwaige Verluste eintreten. Die Pensionen an die Verwaltungsraths-Mitglieder, die einmal zehn Jahre lang nicht gezahlt wurden, seien doch mithin nicht steuerpflichtig. Da fünf Gemeinden vom Bochumer Verein Steuern verlangten, so sei es notwendig gewesen, mit den Gemeinden einen Vertrag dahin zu schließen, daß 60 pCt. an die Stadt Bochum und 40 pCt. an die anderen vier Gemeinden gezahlt werden. — Sachverständiger, Oberbürgermeister Prengel (Hagen): Gegen den beschriebenen Vertheilungsmodus ist nichts einzuwenden, allein einen Vertrag über die Grundlage der Besteuerung halte ich nicht für zulässig. Die vertheilten Gratifikationen, Geschenke u. dgl. halte ich für steuerpflichtig. Ich finde es außerdem für unzulässig, daß die Gratifikationen vom Reingewinn abgezogen werden. Die Abschreibungen vom Inventar halte ich für durchaus korrekt. — Besizender, Landgerichtsrath Schneider II: Sie halten auch Gratifikationen für

steuerpflichtig, wenn dieselben auf einen bestimmten Vertrag beruhen? — Oberbürgermeister Prengel: Wenn die Gratifikationen vertragmäßig gezahlt werden, dann sind dieselben meiner Meinung nach nicht steuerpflichtig, allein freiwillig gegebene Gratifikationen sind meiner Meinung nach unter allen Umständen steuerpflichtig. — Präsident: Wie verhält es sich mit der doppelten Buchung der Gehälter? — Baare: Diese doppelte Buchung geschah keineswegs, um die Steuerbehörde zu hintergehen, sondern wir machten den Versuch, vier Fünftel der Gehälter bar auszuzahlen und ein Fünftel als Pension u. dgl. den Beamten gut zu schreiben. Dieser Versuch wurde jedoch nur ein einziges Jahr gemacht, da sich dabei schließlich Unzutrefflichkeiten herausstellten. Ich wiederhole, wir beobachteten Stillschweigen über die Höhe der Gehälter, lediglich um nicht zwischen den einzelnen Beamten Eifersucht zu erregen.

Präsident: Wir wollen nun zu dem Anklagepunkt betreffend die Verletzung des § 130 des Strafgesetzbuches übergehen. Herr Bürgermeister Lange, haben die inkriminirten Artikel in der Bochumer Bevölkerung Erregung hervorgerufen? — Zeuge: Allerdings, die Aufregung war aus Anlaß der inkriminirten Artikel eine große, selbst die Marktweiber schimpften über zu hohe Besteuerung. — Präsident: Kam es zu irgendwelchen Gewaltthatigkeiten? — Zeuge: Nein. — Präsident: Sind Sie oder andere Bürger mit Beschimpfungen belästigt worden? — Zeuge: Nein. Es ist mir bloß, sobald ich Jemanden in einer Armenstube abweisen mußte, immer zugerufen worden: „Das wird Ihnen Fußangel schon besorgen.“ — Auf weiteres Verfragen beklagt der Zeuge, daß er einen anonymen Drohbrief bekommen habe. Er überreicht denselben dem Vorsitzenden, der den Brief verliest; derselbe enthält die ärgsten Beleidigungen und Drohungen gegen den Bürgermeister Lange, den Ober-Bürgermeister Vollmann und den Geh. Rath Baare. — Baare: Ich bekomme aus Anlaß dieses Prozesses Zuschriften, Schmähs- und Drohbriele aus allen Ecken. Ich habe drei Postkarten mit derselben Handschrift erhalten und zwar ist die eine aus Berlin, die zweite aus Köln und die dritte aus Bochum gekommen. Ich werde diese Karten dem Herrn Staatsanwalt mit dem Antrage übergeben, den Briefschreiber zu ermitteln und event. gegen denselben das Verfahren einzuleiten. — Der Präsident verliest auch diese Karten, die ebenfalls die ärgsten Beleidigungen gegen Geh. Rath Baare enthalten. — Fusangel: Ich habe auch einige Drohbriele bekommen, ich lege jedoch auf dieselben gar keinen Werth. — Staatsanwalt: Ich lege aber Werth darauf und beantrage, daß der Angeklagte Fusangel die an ihn gerichteten Briefe dem Gerichtshofe übergibt. Es wird sich daraus ergeben, in welcher Weise die Kreise der Bevölkerung durch die Fusangel'schen Artikel gegeneinander aufgereizt worden sind. — Fusangel überreicht die Briefe dem Gerichtshof, die ebenfalls zur Verlesung gelangen. Derselben enthalten in gleicher Weise Invektiven gegen den Angeklagten Fusangel.

Auf Verfragen des Präsidenten beklagt Oberbürgermeister Vollmann: Aus Anlaß der inkriminirten Artikel war ich von der Regierung aufgefordert worden, eine höhere Einschätzung bei allen Posten vorzuschlagen und wenn dieselbe von der Einschätzungskommission nicht genehmigt würde, Berufung einzulegen. Ich war deshalb genöthigt, diese höhere Einschätzung vorzunehmen, wozu mir indeß das Material gefehlt hat. — Präsident: Wurde bei diesem Verfahren auch Herr Geh. Rath Baare berücksichtigt? — Zeuge: Jawohl, Geh. Rath Baare wurde auch sofort von der 17. in die 19. Einkommensteuerstufe eingereiht, es bedeutet das eine Mehreinnahme von 14 000 M. — Präsident: Die Einnahme des Geh. Rath's Baare wurde auf 39 000 M. geschätzt, während dieselbe thatsächlich 110 000 M. betragen haben soll? — Zeuge: Ich habe bereits bemerkt, daß mir Material nicht zur Seite stand. — Präsident: Herr Geh. Rath Baare, waren denn in den Jahren 1887/88 Ihre Einnahmen erheblich niedriger als 1889? — Baare: Nein. Allein ich muß bemerken, daß der Angeklagte Fusangel auf der einen Seite meine Einnahmen drei Mal so hoch schätzte, auf der anderen Seite unauffällig vor dem trostlos wogte des Bochumer Vereins schrieb. Es geht daraus hervor, wie schwer es ist, sich ein richtiges Bild zu machen. Während meine Einnahmen, die sich doch wesentlich nach der Geschäftslage richten, auf 333 000 M. jährlich geschätzt wurden, war die „Westfälische Volkszeitung“ demüth, eine Baasbestimmung zu erzeugen und die Welt glauben zu machen, daß der Bochumer Verein in seinen Wirtschaftsverhältnissen wesentlich zurückgegangen sei. — Fusangel: Was ich in meinen Artikeln behauptet habe, ist eingetroffen. Da die Bürgererschaft ein wesentliches Interesse an der Lage des Bochumer Vereins hatte, so war ich genöthigt, dieselbe zu beleuchten. Ich schrieb deshalb: Es wäre unverantwortlich, wenn der Bochumer Verein 6 bis 7 pCt. Dividende vertheilen wollte, da das ganze Saonauer Unternehmen so faul sei, daß diese Aktien garnichts und die Obligationen nur 60, allerhöchstens 65 pCt. werth sind. Ich habe das geschrieben im Interesse der Bochumer Bürgererschaft und verwarre mich dagegen, daß ich an irgend ein Börseninteresse dabei gedacht habe. Im übrigen sind meine damaligen Behauptungen vollständig eingetroffen. — Baare: Wie gut Herr Fusangel über die Lage des Bochumer Vereins unterrichtet war, geht daraus hervor, daß, während er im Monat Juli vergangenen Jahres schrieb: Die Lage des Bochumer Vereins ist trostlos und es wäre geradezu unverantwortlich, wenn 6 bis 7 pCt. Dividende vertheilt würden, ich zwei Tage später bereits öffentlich mittheilen konnte, daß der Bochumer Verein 10 pCt. Dividende vertheilt und außerdem 1 920 000 M. für die Saonauer Aktien und 654 000 M. für andere Zwecke abschrieb. — Fusangel: Ich habe nach den vorliegenden Verhältnissen geurtheilt, und meine Behauptungen, daß die Lage des Bochumer Vereins eine schlechte ist, hat sich auch bestätigt. Die Einnahmen des Geheimen Kommerzienrath's Baare habe ich aus den Durchschnitts-Einnahmen, die derselbe in den letzten drei Jahren gehabt hat, berechnet. — Es wird alsdann Bantier Schüller (Bochum) als Sachverständiger vorgeführt. — Der Staatsanwalt protestirt gegen die Vernehmung dieses Sachverständigen, da derselbe Mitglied der Einschätzungskommission sei. Der Gerichtshof beschließt jedoch nach kurzer Beratung die Vernehmung. Der Präsident fordert nun den Sachverständigen auf, anzugeben, ob die hier über ihre Einschätzung vernommenen Zeugen richtig eingeschätzt sind. — Bantier Schüller: Ich bin in Bochum Bankier und kenne mithin die Vermögenslage so mancher Bürger. Ich würde aber eine arge Verletzung meines Geschäftsgeheimnisses begehen, wollte ich darüber hier öffentlich Aussagen machen. Ich muß daher ersuchen, mich von jeglichem Zeugnis zu enthalten, ich wäre anderenfalls genöthigt, mein Zeugnis zu verweigern. — Präsident: Was Ihnen geschäftlich anvertraut ist, wollen wir nicht wissen, vielleicht sind Sie aber in der Lage, uns über die richtige oder unrichtige Einschätzung der verschiedenen Posten, wie dieselbe im Volksmunde beurtheilt wird, Mittheilungen zu machen. — Sachverständiger: Das könnte ich auch nicht thun, ohne mein Gewissen zu belasten. Gerade dasjenige, was aus dem Volksmunde verläutet, ist am wenigsten maßgebend. Ich habe Fälle erlebt, daß Leute für sehr vermögend gehalten wurden, während es sich nach ihrem Tode herausstellte, daß sie nur Schulden hatten. — Schließlich wird auf alleseitigen Verzicht von der weiteren Vernehmung des Sachverständigen Abstand genommen.

Es wird alsdann Apotheker Hartmann in den Saal gerufen. Derselbe bezeichnet seine bereits gemachten Aussagen bezüglich seiner Einnahme bezw. Einschätzung als richtig. — Fusangel: Ich frage den Zeugen, ob er nicht noch eine Extra-Einnahme von 3200 M. aus dem Wäderschen Fahrunternehmen hat? — Zeuge: Ich habe wohl dem Wäderschen zu diesem Unternehmen Geld geliehen, bin jedoch an dem Unternehmen selbst in keiner Weise betheilig. — Der folgende Zeuge ist der Apotheker Wedder. Dieser deponirt: Auf ihn habe ein gegen den Bureauchef Generalkrieger gerichteter Artikel der „Westfälischen Volkszeitung“ den Eindruck gemacht, als würde sich Generalkrieger bestreuen lassen. Er habe wohl gehört, daß Generalkrieger an der Wäderschen

irgend einer unehrenhaften Handlung halte er ihn aber nicht für fähig. — B a r e: Ich fühle mich genötigt, hier zu erklären, daß Herr G e n e r o l i, der seit dreißig Jahren Beamter des B o c h u m e r B e r e i n s ist, einer der ehrlichsten und rechtschaffensten Menschen ist, die ich kenne. — P o l i z e i - K o m m i s s a r R o s e b e f u n d e t, daß er vor Gewaltthätigkeiten auf seiner Hut gewesen sei. Z w a r f a h r t v e r m a g J e n g e i n d e s s e n n i c h t a n g e b e n. — A r m e n h a u s - V e r w a l t e r K o s e n, der alsdann als Zeuge erscheint, be kundet, daß von der Armenhaus-Verwaltung verschiedentlich Lebensmittel unter dem Preise verkauft worden seien, daß der B ü r g e r m e i s t e r L a n g e sich im Armenhause Möbel habe anfertigen lassen, ohne den üblichen Preis dafür zu zahlen und daß er, B ü r g e r m e i s t e r L a n g e, auf Kosten der Armenverwaltung im Armenhause kostspielige Abendessen veranstaltet habe. — B ü r g e r m e i s t e r L a n g e: Der Zeuge habe wegen ungebührlichen Verhaltens gegen die Hospitalitäten und Nachlässigkeit im Amte entlassen werden müssen. Die Lebensmittel seien zum Marktpreise verkauft worden und zwar, weil sie anderer Weise nicht zu verwerthen waren, für die angefertigten Möbel sei der richtige Preis bezahlt worden. Es haben nicht kostspielige Abendessen stattgefunden, sondern die Mitglieder der Armenverwaltung, die unter seinem Vorhinein stundenlange Sitzungen abgehalten, haben sich einige Gefirnisse holen lassen, die allerdings der Armenverwaltung auf Rechnung gesetzt wurden. Daß irgendwo einmal Alken verschwendet seien, sei un wahr. — P r ä s i d e n t: Zeuge R o s e, womit wollen Sie beweisen, daß Alken verschwendet seien? — Zeuge: Weil ich die betreffenden Alken nicht mehr gesehen habe. — O b e r b ü r g e r m e i s t e r P r e n z e l (Hagen) begutachtet, daß er in dem von dem B ü r g e r m e i s t e r L a n g e beobachteten Verfahren durchaus keine Ungebührlichkeit finden könne. Im weiteren bemerkt O b e r b ü r g e r m e i s t e r P r e n z e l auf Befragen des Rechtsanwalts T e w a a g, daß Irrungen bei Steuererschätzungen überall vorkommen. — A r m e n h a u s v e r w a l t e r M e t z e r be kundet, daß die Armenhausbewohner Anfallsanträge einbrachten, weil die ihrigen zu sehr abgeriffen waren. Es sei üblich, daß diese Leute unter Aufsicht von Magistratsdienern zu öffentlichen Arbeiten verwendet werden. — B e z ü g l i c h d e r S t e u e r e r s c h ä t z u n g w u r d e n n o c h B u r e a u d i r e k t o r G m o n d s und Ingenieur R u p e r (Beamte des B o c h u m e r B e r e i n s) vernommen. Dieselben be kundeten, daß sie ihrem Einkommen entsprechend eingeschätzt seien. — D e r P r ä s i d e n t e r l ä u t h i e r a u f d i e B e w e i s a n n a h m e f ü r g e s c h l o s s e n u n d v e r t a g t d i e V e r h a n d l u n g a u f D o n n e r s t a g.

Arbeiterbewegung.

Der Buchdruckerstreik in Wien. Am 6. Juni hat auf Intervention und unter dem Vorhinein des Herrn L. L. Gewerbeinspektors Michael Kulla eine Besprechung von Delegirten der Prinzipale (Engel, Fromme und Jäpper) und Abgesandten der Gehilfen (Chwala, Höger und Schiegl) stattgefunden. Gleich zum Beginn der Konferenz wollte Herr Jäpper festgestellt wissen, daß die Gehilfen schon vor mehr als Wochenfrist an den Gewerbeinspektor herangetreten wären, um dessen Intervention zur Beilegung des Streiks in Anspruch zu nehmen. Der Herr Gewerbeinspektor jedoch konstatierte der Wahrheit gemäß, daß er aus eigener Initiative die Vermittlung versucht habe, und zwar schon viel früher, als zwei Seher, die, ohne irgend ein Mandat zu besitzen, ihn ersuchten, dem Streik ein friedliches Ende zu machen. Gleichzeitig erklärten die Gehilfenvertreter, daß an demselben Tage, an welchem die beiden oben erwähnten Kollegen sich im Bureau des Herrn Gewerbeinspektors einfanden, der Herr G e m e i n d e v o r s t a n d schon vor diesen in der Kanzlei anwesend war und sich zurückzog, als die Kollegen eintraten. Durch dieses von Herrn Kulla festgestellte Faktum ist die Lügenhaftigkeit der Behauptung der „Oester-ungar. Buchdrucker-Zeitung“ wonach die Gehilfen um die Intervention des Gewerbeinspektors gebeten hätten, wohl vollständig erwiesen. . . . Was die dreifürstlichen Verhandlungen anbelangt, so ist aus denselben zu ersehen, daß sie resultatlos geblieben sind, nachdem die Prinzipalvertreter erklärten, sie wöllen von den Forderungen der Gehilfen nichts wissen und sie könnten höchstens sich bemühen, dem Tarif, wie er bis zum 1. Januar 1892 noch in Kraft sein soll, volle Anerkennung zu verschaffen, denn viele Prinzipale wünschten die volle Anarchie! Die Gehilfenvertreter, die den Chef's mancher bitteren Wahrheit und dem Herrn Jäpper, welcher stets seine Tariftreue so sehr hervorhebt, ins Gesicht sagten, daß gerade er den Tarif nicht einhalte, erklärten, daß sie auf der Forderung der neunstündigen Arbeitszeit bestehen und nur den Zeitpunkt offen lassen wöllen, bis zu welchem der neunstündige Arbeitstag in den Druckereien Wien eingeführt werden soll. Herr Fromme machte den Vorschlag, es sei sobald als möglich an eine Revision des Tarifs zu schreiten. Dieser Vorschlag, welcher von der Gehilfenvertretern als diskutierbar bezeichnet wurde, fand keine Gnade vor den zwei anderen Prinzipalvertretern. Schließlich erklärten die Prinzipale, daß sie kein Mandat hätten, weitgehende Beschlüsse zu fassen und nahmen einen Vorschlag der Gehilfen entgegen, der dahin geht, daß der neu ausarbeitende Tarif die neunstündige Arbeitszeit zur Grundlage haben müsse und daß derselbe demgemäß vom 6. Juli ab gültig sein soll. Da über diesen Antrag der Gehilfen eine Einigkeit nicht zu erzielen war, ging die gemischte Kommission resultatlos auseinander mit der Erklärung, nach Verständigung der Mandanten über die beiderseitigen Vorschläge, neuerlich zu einer Beratung zusammen zu treten.

Die unter G e r m a l ' s V o r s i t z s t a t t g e h a l t e n e V e r s a m m l u n g v o m 7. Juni war massenhaft besucht und nahm das von Chwala erstattete Referat über die gemischte Konferenz entgegen, worauf die Haltung der Prinzipale von verschiedenen Rednern (scharf charakterisirt) wurde. Es wurde sodann eine Resolution angenommen, wonach die Gehilfenschaft die weiteren Ergebnisse der neuerlichen (wahrscheinlich am 9. Juni stattfindenden) gemischten Konferenz abwarten will. Am 10. Juni findet abermals eine freie Versammlung der sämtlichen Buchdrucker- und Schriftsetzer- Arbeiter Wien's statt. Den auswärtigen Kollegentreisen wird über den Verlauf der Konferenz sowohl wie über die Beschlüsse der Versammlung ausführlich berichtet werden.

Die Konfiskation eines der letzten Berichte ist wegen des Bergehens gegen die öffentliche Ruhe und Ordnung erfolgt.

Der Ausstand der Arbeiter hat abermals an Ausdehnung zugenommen, nachdem im Laufe der Woche mehr als 300 Buchdrucker- und Schriftsetzer- Arbeiter die Arbeit eingestellt haben.

Wien, 8. Juni 1891.

Mit kollegialischem Grusse

für die Buchdruckergehilfen Wien's: Michael Anfried, Konrad Breßnauer, August Chwala, Hans Germal, Karl Höger, Wilhelm Schiegl, Walbert Sedlaczek, Siegmund Spinkopf, Adolf Wiesfle.

für die Schriftsetzergehilfen Wien's: Franz Günther, Franz Kapfer.

für die Hilfsarbeiter Wien's: Bertha Czankowsky, Marie Ferdinand, Alois Slapal.

Geldsendungen sind erbeten an Kollegen Hans Germal, Wien, I., Bergl. 1.

Budapest, 8. Juni. Heute Morgens ist hier ein Streik der Omnibusbesitzer ausgebrochen, und in der ganzen Stadt verkehrt kein einziger Straßenwagen. Die Omnibusfrage ist seit Jahren ein wunder Punkt in den hiesigen öffentlichen Verkehrsverhältnissen, und vergeblich sind Polizei und Kommune bemüht, dieselbe einer günstigen Lösung entgegenzuführen. Wagen und Pferde befinden sich in keinem guten Zustande, und die Eigenthümer weigern sich, den bezüglichen Forderungen der Behörden nachzukommen, da ihre Konzession nur eine interimistische ist und bei Entziehung eines einheitlichen Omnibus-Unternehmens jeden Augenblick entzogen werden kann. Für heute Morgens war nun eine Pferde-

Witzierung angefaßt. Die neunzehn Omnibus-Eigenthümer, welche den Verkehr mit zusammen 82 Wagen aufrechterhalten, erklärten, daß sie sich einer Musterung ihrer Pferde nur in dem Falle unterwerfen, wenn ihre Konzession für die Dauer von sechs Jahren verlängert werde, und richteten in diesem Sinne eine Eingabe an den Magistrat. Da aber die Ober-Stadthauptmannschaft die Pferdemusterung trotz dieser Eingabe vornehmen wollte, ließen sämtliche Omnibusbesitzer ihre Wagen nicht ausfahren. Der allgemeine Verkehr hat wohl unter diesem Auslande nicht von demselben zu leiden, allein es giebt immerhin Strassenzüge, in denen das große Publikum ausschließlich auf die Omnibusse angewiesen ist. Die Behörde dürfte daher zur schleunigen Entscheidung gedrängt werden, da die Omnibusbesitzer entschlossen sind, nicht nachzugeben.

Paris, 10. Juni. In einer Frühversammlung der Pariser Omnibusbedienten wurde nach langer Debatte zwischen dem Kandidat der Angestellten und den Direktoren die eine Einigung konstatirte Resolution einstimmig angenommen. Der Ausstand ist damit erledigt.

Paris, 10. Juni. In einer gestern stattgehabten Versammlung der Barbiergehilfen wurde die Forderung des Neunstundentages aufgestellt. Die Mehrzahl der Meister lehnten die Forderung ab; diejenigen, welche dieselbe angenommen haben, nahmen eine Lohnverförmung um einen Franken vor.

London, 10. Juni. Gestern Abend kam es in einer Versammlung, welche von einer großen Anzahl von Kaufmann und Schaffnern der Roadcar-Kompagnie sowie den Direktoren der Gesellschaft besucht war, zu einer Einigung dahin, daß die Ausständigen heute die Arbeit wieder aufnehmen.

Soziale Uebersicht.

Achtung, Steinrunder und Lithographen! Die Liquidations-Kommission des Fachvereins der Steinrunder und Lithographen macht hierdurch bekannt, daß sämtliche Mitglieder, welche noch Verpflichtungen an den Verein haben, diese bis 1. Juli 1891 mit der Kommission zu regeln, außerdem diejenigen Mitglieder, welche noch mit dem Beitrag im Rückstande sind, selbigen bei folgenden Herren bis spätestens 1. Juli 1891 zu begleichen haben: G. Wibel, Adlerstr. 120; O. Krone, Schinlestr. 1; O. Schüh, Rixdorf, Feldenstr. 154 und im Arbeitsnachweis, Restaurant Kuhlmei, Rosenstr. 23.

Zum Wiener Buchdrucker-Streik veröffentlicht das Prinzipalorgan, die „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker“, einen Artikel, der nachweisen soll, daß es sich bei dem Streik nicht um einen Lohnkampf handle, den das Koalitionsgesetz gestatte, sondern um eine Kraftprobe der Arbeiter gegen die „intelligenten Bürger“, um einen „Kampf der ewig Blinden“ gegen den „Blinder“, der ihm des Lichtes Himmelsfaden lieh“, um einen Kampf der „brutalen Masse“ gegen den ausgezeichneten Stand, „der durch seinen Fleiß die Steuern für die Allgemeinheit leistet, Wohlstand im Lande schafft, dem Unbemittelten Gelegenheit giebt, zu erwerben, sich an ihm emporzuhängen zu gleicher Stellung“, gegen „den Bürger, den Mittelstand, der seit Bestehen der Welt das Ruadberhaltende, das schaffende Element im Staatshaushalte bildet.“ Wir könnten noch manche andere Phrasenbläthe aus dem Artikel anführen, aber die vorstehenden genügen, um die souveräne Unbelangsamkeit des „intelligenten“ Verfassers mit den Elementen nationalökonomischen und geschichtlichen Wissens darzutun. Der Kapitalist als Lehrer des Arbeiters, der Kapitalist, dessen Abicht darauf gerichtet ist, den Arbeiter aus der proletarischen Klasse in die bestehende emporzuheben, — ist das nicht eine bewunderungswürdige Entdeckung? Oder ist es vielmehr das Produkt eines kapitalistischen verkommenen Hirns, ein Zeugnis für das bornirte Denken eines Menschen, der sich im Besitz der „Intelligenz“ wähnt und vielmehr geistig der Sklave des Kapitalismus ist? Was würde der „intelligente“ Verfasser aber erst sagen, wenn man seine Geschichtsanfichte kritisch behandelte und ihm zeigte, daß sein Mittelstand beim Anlange der Welt“ das dümmste Märchen ist, daß es einen „Staat“ nicht „seit Bestehen der Welt“ giebt und während des allergrößten Theiles der Menschheitsgeschichte überhaupt nicht gegeben hat? Was mag Herr Emil M. Engel, von dem als dem Intelligensten der Intelligenzen der Verfasser die siegreiche Durchführung des Kampfes gegen die unintelligenten Arbeiter erwartet, zu dem ihm gespendeten intelligenten Lobe sagen?

Versammlungen.

Steinrunder. Am 7. d. Mts. hielt der Fachverein der Steinrunder eine regelmäßige Monatsversammlung ab, und beschloß, sein diesjähriges Sommerfest mit dem ersten Stiftungsfest des Gefangenenvereins der Steinrunder Berlin gemeinschaftlich an einem noch später zu bestimmenden Tage zu feiern, um jedem Kollegen Gelegenheit zu geben, sich daran zu betheiligen. Zunächst theilt der Vorsitzende der Versammlung mit, daß wir durch den lang anhaltenden Winter und die dadurch verursachte Arbeitslosigkeit, sowie Auszahlung der vielen Fremdenbeschenke mit einem beträchtlichen Defizit in der Kasse zu rechnen haben, und schlägt vor, das Fremdenbeschenk zu reduzieren, oder den Beitrag entsprechend zu erhöhen. Nach längerer Debatte wurden folgende Anträge von der Versammlung angenommen: 1. Auch von jedem Nicht-Jnnungsmitglied sollen pro Woche 10 Pf. Extrastücker zur Auszahlung des Fremdenbeschenkts einfließen, und zwar vom Sonnabend, den 13. d. M., ab. Die Sammlungen sind platweise vorzunehmen und in der Monatsversammlung an den Kassirer abzuliefern, welcher darüber Quittung leistet. 2. Sollen nur diejenigen Kollegen das Fremdenbeschenk im Betrage von 2 M. erhalten, die nachweisen können, daß sie wenigstens ein Jahr einer Organisation angehören. Ferner erhalten Kollegen, welche nur 6 Monat einer Organisation angehören, den Betrag von 1 M. als Fremdenbeschenk. Eine Ausnahme ist zu machen mit jungen Kollegen, welche aus der Lehre kommen, folglich auch keiner Organisation angehören können.

Wir sehen uns zur Annahme des letzten Antrages genötigt, weil es noch zu viel Kollegen giebt, welche wer weiß wie lange an einem Orte arbeiten, ohne daran zu denken, sich dem Verein anzuschließen, bis ihnen eine baldige Entlassung bevorsteht. Dann kommen diese Herren in eine Versammlung, lassen sich einschreiben, bezahlen auch 2 Monat Beitrag und ziehen dann, wenn sie den Fremdenbeschenk bekommen durch ganz Deutschland und schlagen auf diese Weise den Beitrag doppelt und dreifach wieder heraus, denn sie gehören ja nun der Organisation an. Um dem vorzubeugen, wurde von der Versammlung dieser Antrag angenommen, und er tritt vom 1. Juli ab in Kraft. Wir ersuchen alle Kollegen hieron gefälligst Notiz nehmen zu wollen. Ferner wurde beschlossen, gegen den Kollegen Tiesert gerichtliche vorzugehen, da derselbe seinen ihm vom Vorstand ausgesetzten Schuldschein, welcher bis zum 1. April lautet, noch nicht eingelöst hat und sich gar nicht sehen läßt. Hieraus wurde eine Anklage gegen den Kollegen Tiesert vorgebracht, der sich die Kennerung erlaubt hat, die Kassa-Kollegen arbeiten hier an der Sebastianikirche unterem Berliner Thurm. Diese Anklage stellt sich nach Durchsicht der Lohnbücher als un wahr heraus, und der Mindestlohn beträgt pro Stunde 62 Pf. und darüber. Außerdem wird Geschirer und Schärfe vom Geschäft bezahlt.

Oeffentliche Versammlung. Am 7. Juni fand in Knebel's Salon, Badstraße, eine zahlreich besuchte Versammlung für Männer und Frauen statt, in welcher Herr Dr. Kügenau einen

Vortrag über „Die Gelehrtenklasse und die Arbeiter“ hielt. Eine Diskussion über den Vortrag selbst fand nicht statt. Eine Resolution, Inhalt deren sich die Versammlung mit den Ausführungen des Referenten voll und einverstanden erklärte, wurde einstimmig angenommen; ebenso eine andere, die folgenden Wortlaut hatte: „Die Versammlung für Männer und Frauen ist entkräftet über die Vorgänge in Eisenben und drückt ihren Gehel über das vordrige Benehmen der Bergleute aus, welche sich, Hundes gleich, auf unsere Genossen behen ließen. Sie erwartet und verlangt von den Behörden die strengste Untersuchung und Bestrafung der Urbedenten und ihrer Auftraggeber. Sie erwartet ferner, daß sich die Einwohnerschaft Eisenbens, sofern sie einigermaßen Anspruch darauf mache, gebildet und gestiftet zu sein, mit Abscheu von solchen Vorgängen wendet und dieses auch den Knüppelhelden und ihren Hintermännern deutlich zu verstehen giebt.“ — Verschiedene Redner forderten dann noch auf, sämtliche Lokale, außer Knebel, zu meiden, umso mehr, da dieses das einzige auf dem ganzen Gegendrannnen ist, welches für unsere Zwecke zu haben wäre. Es kam ein Antrag zu Stande, welcher angenommen wurde. Unter „Verschiedenem“ gingen noch einige Redner des Näheren auf die Vorgänge in Eisenben ein. Mit einem freudigen Hoch auf die internationale völkerverbindende Sozialdemokratie wurde die Versammlung geschlossen.

Eine öffentliche Versammlung der Steinrunder, Lithographen und Verlagsgehilfen war am 9. Juni einberufen worden, um den Bericht der Kommission über den Streik bei der Firma D e s t r i c h und Hartmann entgegenzunehmen und um event. die Aufhebung des Streiks zu beschließen. Leider war die Versammlung nur sehr schwach besucht, wodurch sich der Einberufer, Herr R o s e, genötigt sah, die Versammelten zu fragen, ob sie damit einverstanden seien, wenn sein Bureau gewählt und die Versammlung nach einigen Bekanntmachungen in Bezug auf den Streik geschlossen würde. Die Versammelten waren damit einverstanden. Ebenso damit, daß die bisherige Streikkommission, da nur noch zwei Personen zu unterstützen sind, mit dem heutigen Tage (9. Juni) den Streik für beendet erklärt. Die zwei Ausständigen werden aus den noch vorhandenen Mitteln von der Kommission unterstützt und die Kollegen verpflichtet sich, sie bald in Arbeit zu bringen. Da die Kommission definitiv zur Zeit noch nicht abrechnen kann, wird die Abrechnung nächstens in einer Annence im „Vorwärts“ gegeben werden.

Die Barbier- und Friseurgehilfen hielten am Dienstag Abend eine öffentliche Versammlung ab. Die Leitung derselben wurde, nach Ablehnung eines Antrages, welcher einen anderen gesinnnten Kollegen zum Vorsitzenden gewählt wissen wollte, dem Kollegen S t e c k m e n t s c h ü l t e r übertragen. Beim ersten Punkt der Tagesordnung hielt Herr S t a d t, Klein in Vertretung des Herrn K u e r b a c h einen Vortrag über „Politische Streikzüge in die Arbeiterbewegung“. Der Referent giebt einen Ueberblick über die Geschichte der politischen und gewerkschaftlichen Arbeitervertretung, kritisiert das sogenannte „freie“ Wahlrecht, den Kampf gegen die Sozialdemokratie durch das Sozialistengesetz und die Schöpfer desselben, sowie die „Sozialreform“. Hiernach geht Redner auf die ländliche Arbeiterfrage, die „Verführung“ der Arbeiter, die Religion, das Innungswesen, das Trinkgelde-Unwesen, wie es besonders bei den Barbieren herrscht, näher ein und schließt mit einer energischen Aufforderung zur Organisation. (Lebhafte Beifall.)

Der Vorsitzende theilt hierauf mit, daß der gestern tagende Provinzialtag der Barbier-Innungen beschlossen habe, in den Geschäften der Barbier-Innungsmeister ein Plakat aufzuhängen, dessen Inhalt die Kunden auffordern soll, weder an Gehilfen noch an Lehrlinge für die Zukunft ein Trinkgeld zu verabfolgen. Eine Aufbesserung des Gehaltes haben die Herren Innungsmeister zu beschließen vergessen und damit einen Erfolg für den Fortfall der Trinkgelde für un n ü n d i g erklärt. Redner, selbst ein scharfer Gegner des Trinkgeldeunwesens, legt klar, daß dasselbe aber ohne Gehaltsaufbesserung nicht zu erbeuten sei. Weiter sei an jenem Provinzialtage beschlossen worden, die Gehilfen von der „Verführung“ durch „sozialdemokratische Agitation“ nach besten Kräften fern zu halten. Redner betont hierauf, daß die Veröffentlichung der Namen der 5 Barbierherren im „Vorwärts“, die des Sonntags bis 10 Uhr offen haben, völlig gerechtfertigt sei, da der in dem Artikel angezogene Beschluß thatsächlich gesaht sei. Hierauf giebt Redner noch eine Kritik der Bestrebungen der Innungen, sowie der sogenannten „Mittelbäcker“ und fordert zu einer energischen Agitation und Organisation auf. (Lebhafte Beifall.)

Im weiteren Verlaufe der Debatte, an der sich noch die Meister W i t t g e n, K i n n h a d t und Rosenzweig, welche sich als zur Sozialdemokratie gehörend bezeichnen, betheiligen, werden die oben angeführten Mißstände noch des Näheren beleuchtet. Es kommt hierauf die folgende Resolution zur einstimmigen Annahme:

Die öffentliche Versammlung der Barbier- und Friseurgehilfen erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten voll und ganz einverstanden und verpflichtet sich in Anbetracht dessen, daß nur eine feste und einheitliche Organisation im Stande ist, die Mißstände in unserem Gewerbe zu beseitigen und den Uebergriffen der Prinzipale entgegen zu treten, Mann für Mann dem Verband der Gehilfen beizutreten und mit allen Kräften dahin zu wirken, daß auch die noch fernstehenden Kollegen sich der Organisation anschließen.

Hierauf wird Kollege Th. John als Mitglied der Streik-Kontrollkommission gewählt.

Ferner werden die Kollegen Rosenzweig, Hanke, Hölle, Precht, Wulff, Kleber, Schlaps, Blum, Maier und Eckert als Mitglieder der Agitationskommission gewählt.

In seinem Schlusswort betont der Referent noch besonders, daß die Mittelbäcker, welche als Gesandtenbücher 2. Klasse betrachtet werden können, dasjenige seien, welches die Barbiers in erster Linie abzuschaffen bestrebt sein müßten.

Es wird zum Schluß noch auf eine demnächst stattfindende Versammlung der Barbiers hingewiesen, welche den Zweck hat, auf einen rechtzeitigen Schluss der Geschäfte hinzuwirken. Mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie wird die Versammlung geschlossen.

In der außerordentlichen Mitglieder-Versammlung der Zentral-Krankenkasse der Tapezierer, Filiale Berlin, am 2. Juni sprach Herr Dr. J a b e l über die Stellung des Arztes zur sozialen Frage. Als Ausgangspunkt für sein Thema benutzte der Vortragende vielfach einen von einem Wiesbadener Arzt Dr. L a g u e r im Verein für öffentliche Gesundheitspflege daselbst gehaltenen Vortrag, der in einer verbreiteten ärztlichen Wochenschrift abgedruckt war. Indem der Vortragende mit dem Verfasser in der Berechtigung gerade des Arztes übereinstimmte, über die soziale Frage zu sprechen, da es kann einen anderen Stand gäbe, der besser in der Lage sei, die rein menschlichen Seiten des Lebens, den Einfluß von Mangel und Ueberfluß auf die körperlichen und geistigen Eigenschaften des Menschen und speziell die Lage der arbeitenden Klasse zu studiren, so kommt er dennoch andererseits zu dem strikt entgegengesetzten Resultat, daß bei nur einigermaßen tieferem Studium und vorurtheilsofen Beurtheilung dieser Frage, immer und immer das Resultat sei, daß keine derselben heutzutage in der bestehenden Gesellschaft ihre befriedigende Lösung finden könne. Der Vortragende verweist des Längerem bei den einzelnen Fragen der Geschlechtslehre und Kindererzeugung in Arbeiterstände, der Neuereichen und Wochenblätterverknüpfungen, der Kindererziehung und Schulhygiene, der Frauenemancipation und Arbeitergesundheitsfragen. Derselbe zieht auch die durch diese Wege veränderte soziale Stellung der Ärzte in Betracht, bespricht die Frage der freien Arztwahl und Einzelhonorierung gegenüber den strikten Arztstellen und kommt auch hierbei zu dem Resultat, daß nur in der künftigen Gesellschaftsform die Frage entgiltig gelöst werden könne, da sein Ideal — freie Arztwahl und

Interim „neuen Kurs“.

- April.**
- 29. **Duderstadt.** Die 3 Bevollmächtigten der Jahrsliste des Unterstützungsvereins der Tabakarbeiter von der Anklage der Uebertretung des Vereinsgesetzes freigesprochen.
 - Offenburg.** Redakteur G e d wegen Verleumdung der sächsischen Justiz, befangen durch die Frage: „Und solche Justiz soll nicht laut sein?“ zu 3 Wochen Gefängnis von dem Schwurgericht verurtheilt.
 - 30. **Niedorf.** Maschinenbauer Krüger vom Schöffengericht wegen Gen darmenbeleidigung 13 Tage Gefängnis.
 - Tanzig.** Genosse B i n g e t wegen Verleumdung vom Schöffengericht 20 M. event. 4 Tage.
 - Semmelungen.** Die Textilarbeiter Beil, Becker und Lange je 3 M. Geldstrafe, weil sie Gelder zur Beschickung des Kongresses gesammelt; diese selbst (14,15 M.) wurden konfisziert.
- Mai.**
- 1. **Altona.** Gustav Stengels, Redakteur von der „Norddeutschen Volks-Zeitung“ wegen Verleumdung 14 Tage Gefängnis.
 - Leipzig.** Der Redakteur des „Wähler“ von der Anklage des Vergehens gegen das Pressegesetz freigesprochen.
 - 6. **Böckum.** Die Genossen W u n d e r l i c h und B ö h m wegen Vergehens gegen § 130 des Str.-G.-B. 6 bzw. 2 Monate Gefängnis. (Wunderlich als Verfasser einer Resolution, die Böhm als Vorsitzender einer Versammlung zur Abstimmung verlesen hatte.)
 - 9. **Wlauen.** Genosse Scharf schmidt von Wlauen auch aus dem Landgericht wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes und Tragens „republikanischer“ Abzeichen 6 Tage Haft und 30 M. Geldstrafe.
 - Erfurt.** Genosse S c h u l z e, Redakteur der „Thür. Tribüne“ wegen Abdruck des Proletariatsliedes, 200 Mark Geldstrafe. (§ 130, Anreizung.)
 - Erfurt.** Genosse W e h d e r aus Sonneberg von der Anklage wegen Verächtlichmachung der christlichen Kirche etc. freigesprochen.
 - Berlin.** Genosse C. S a a l e, Redakteur des „Vorwärts“ wegen Verleumdung 200 M. Geldstrafe.
 - Mannheim.** Redakteur F. T h i e s von der „Volksstimme“ wegen Fabrikantenbeleidigung 85 Mark Geldstrafe ev. 7 Tage Gefängnis. Genosse K u r z von der gleichen Anklage freigesprochen.
 - Hamburg.** 2 Maurer je 7 Tage Gefängnis, weil sie einen Kollegen „Streifbrecher“ betitelten, worin eine Verleumdung zu erblicken sei.
 - 10. **Niesa.** Der Redakteur des „Volksfreund“, Genosse D i e h l, wegen Verleumdung des Redakteurs des „Meißner Tageblatts“ 50 M. Geldstrafe.
 - Erfurt.** Der Vorstand des Freidenkervereins vom Schöffengericht 3 M. Geldstrafe wegen groben Unfugs; Anklage eines Vortrages über: „Die Segnungen des Unglaubens.“
 - 11. **Breslau.** Der Arbeiter Franz Monert wegen Majestätsbeleidigung 9 Monate Gefängnis.
 - 12. **Magdeburg.** Maurer W i l h. S c h u l z zu Staffort vom Schwurgericht wegen Landfriedensbruch anlässlich einer Wählerversammlung zu 4 Jahren 3 Monaten Zuchthaus verurtheilt.
 - Loßwitz.** Schuhmacher Herr. K ö n i g e r wegen Auflebens einer geschriebenen Versammlungseinladung an eine Telegraphenstange 6 M. Geldstrafe event. 2 Tage Haft.
 - Ottensen.** Redakteur Stengels der „Norddeutschen Volks-Zeitung“ wegen Verleumdung vom Landgericht zu 100 M. Geldstrafe. Urteil des Schöffengerichts lautete auf 10 Tage Gefängnis und 1000 M. Entschädigung.
 - Quedlinburg.** Genosse Louis Steinmann aus Quedlinburg wegen Fabrikantenbeleidigung 100 M. event. 20 Tage Gefängnis; in erster Instanz 2 Monate Gefängnis.
 - Niesa.** Redakteur Diehl des „Volksfreund“ wegen Fabrikanten-Verleumdung 2 Wochen Gefängnis.
 - 13. **Berlin.** Die Berufungssache des Metallbrüders Wilhelm D a m n i g von Köpenick wegen Polizeibeleidigung vom Landgericht zur nochmaligen Entscheidung ans Schöffengericht zurückverwiesen, welches ihn in erster Instanz zu 14 Tagen Gefängnis verurtheilt hatte.
 - Hannover.** Former Hobrecht 2 Monate, Former W i e g m a n n 3 Monate Gefängnis wegen Mithandlung zweier Streifbrecher in Kötting's Fabrik, 3 andre Angeklagte mußten freigesprochen werden; Angreifer waren die Streifbrecher.
 - Langenbielau.** Genosse W a g i n s k i wegen Pfarrerbeleidigung vom Schöffengericht zu 6 Monaten verurtheilt und sofort verhaftet.
 - 14. **Strahburg.** Die Genossen B ö h l e, P i c k e r, M ä h i g g a n g, R a u m a n n und M a u g e r je 40 M. bzw. 4 Tage Haft wegen Vertheilung der „Eich-Lohr“ Volks-Zeitung ohne Kopportagegeld. Staatsanwalts-Antrag gegen Böhle als Anstifter: 2 Monate Gefängnis.
 - 15. **Böhmer.** Genosse Paul Seige wegen angeblicher Pfarrerbeleidigung 14 Tage Gefängnis; der Anwalt hatte nur 15 M. beantragt.
 - Altona.** Genosse A l b e r t F r i e d e aus Braunschweig vom Landgericht wegen Beschimpfung des geistlichen Lehr-amtes zu 6 Monaten Gefängnis.
 - Dresden.** Genosse G r a d n a u e r, Redakteur der „Sächs. Arbeiter-Zeitung“ wegen Verleumdung des Meißener Stadt-raths 14 Tage Gefängnis, von der Anklage der Verleumdung des Militär-Kommandos zu Frankfurt a. d. Ober freigesprochen.
 - 16. **Dortmund.** Redakteur L u s b r i n k aus Gelsenkirchen wegen Verleumdung einer Jedemverwaltung 30 M. Geldstrafe.
 - 20. **Essen.** H ä n n i n g h a u s, Redakteur der „Bergarbeiter-Zeitung“ von der Anklage der Aufreizung durch Abdruck eines harmlosen Gedichtes freigesprochen. Staatsanwalts-antrag: 6 Monate Gefängnis.
 - Dortmund.** Bergmann S i e d e n h a u s aus Hombruch wegen Majestätsbeleidigung 3 Monate Gefängnis.
 - 21. **Kassel.** Ein Verkäufer von Festkarten für die Arbeiter-Meister ein Strafmandat von 3 M. Die Verfügung rückte sich auf ein Gesetz vom 12. Mai 1861 und auf eines vom Jahre 1789!
 - Dortmund.** Bergmann S i e g e l vom Landgericht wegen Verleumdung des Geheimraths Veischner in Gießen 6 Monate Gefängnis.
 - Zuchern.** Genosse Otto vom Schöffengericht wegen unerlaubter Kollekte 30 M. Geldstrafe.
 - Oberwalde.** Die Genossen Benno Stabernaed aus Berlin, Salomon, N i h l i n g und S c h m i d t aus Weitzen von der Anklage der Majestätsbeleidigung freigesprochen. Dieselben waren bei einem Hoch auf den Kaiser sitzen geblieben, das der General a. D. von Oppen in der Diskussion plötzlich ausgebracht hatte.

- Mai.**
- 21. **Geseke.** Gen. Watermann, Redakteur der „Nordd. Volksstimme“, wegen Verleumdung eines Amtsrichters und des Lehrstandes 5 Wochen Gefängnis.
 - Hamburg.** Die Maurer B o s s i n und R ö h l e wegen angeblicher Mithandlung zweier Streifbrecher vom Landgericht, ersterer 20 M. Geldstrafe, event. 4 Tage Gefängnis, letzterer freigesprochen.
 - 22. **Köthen.** Genosse M ö l l e r, Redakteur der „Gelsenkirchener Zeitung“ wegen Verleumdung 4 Wochen Gefängnis, Genosse O t t e n, wegen des gleichen Reates 1 Woche Gefängnis.
 - Dortmund.** Genosse L e h m a n n wegen Verleumdung 2 Monate Gefängnis.
 - Chemnitz.** Der Redakteur der „Presse“, Genosse P ä p l o w, wegen Verleumdung eines Gemeindevorstandes 14 Tage Gefängnis.
 - 23. **Böckum.** Genosse L u s b r i n k, Redakteur der „Gelsenkirchener Arb.-Ztg.“ wegen Polizeibeleidigung 6 Wochen Gefängnis.
 - Chemnitz.** 21 Genossen, welche in Versammlungen für die Verbreitung von Mai-Marken eintraten, erhielten Strafmandate von 30 und 40 M.
 - 24. **Meißen.** Kurzwarenhändler K ä h n e l 15 M. Geldstrafe, event. 5 Tage Haft, weil er in einer Versammlung trotz Verbot der Tellerfassung in „demonstrativer Weise“ ein Geldstück auf den Vorstandstisch niedergelegt hatte.
 - 25. **Langenbielau.** Die Genossen W a g i n s k i wegen Vergehens gegen § 131 Str.-G.-B. 1 Monat, W i e d e m a n n aus Beuthensgrund wegen Verleumdung eines Geistlichen drei Wochen Gefängnis, K ä h n e l von der Anklage auf § 130 und der Aufforderung zum Diebstahl freigesprochen. (Er hatte in einer Rede geäußert: Bei den heutigen schlechten Gewerbesverhältnissen sei es kein Wunder, wenn die Leute schließlich zum Diebstahl greifen.) Und darin erblickte die Staatsanwaltschaft die Aufforderung zum Diebstahl.
 - Bremen.** Der Redakteur der „Bürgerzeitung“ wegen Verleumdung 400 M. Geldstrafe.
 - 26. **Berlin.** Genosse Buchhändler J. M ä n y von der Anklage der Polizeibeleidigung freigesprochen.
 - Blauenburg.** Genosse D. M a t h i e s aus Elbingerode vom Schöffengericht wegen unerlaubter Schriftenverbreitung 4 Tage Haft. Das Polizeimandat lautete auf 3 Tage Haft.
 - Braunschweig.** Genosse A. B ä s c h e l aus Wienburg wegen Vertheilung des „Landsboten“ (ohne Gewerbeschein) 4 Strafmandate von zusammen 39,60 M.
 - Essen.** Genosse L u s b r i n k, Redakteur der „Gelsenkirchener Arbeiterzeitung“ wegen Pfarrerbeleidigung sechs Monate Gefängnis und sofort verhaftet.
 - Stendal.** Genosse D e n n e r von Berlin wegen Aufreizung (in einem Flugblatt) 1 Monat Gefängnis.
 - Leipzig.** Die Revision des Genossen J i g e vom Volksblatt für Halle gegen das auf 1 Jahr Gefängnis lautende Urteil der Strafkammer zu Halle wurde vom Reichsgericht für begründet erklärt und die Sache zur nochmaligen Verhandlung nach Nordhausen verwiesen.
 - 27. **Keterfen.** Die Vorstände des Wahlvereins und des Wandmachervereins wegen Vergehens gegen das Vereinsgesetz (Nichtanmeldung von auswärtig wohnenden Mitgliedern bei den einzelnen Ortspolizei-Verörden) vom Schöffengericht freigesprochen. Die Strafmandate lauteten insgesamt auf 410 und 300 M.
 - Eberfeld.** Genosse G r i m p e 50 M. Geldbuße event. 5 Tage Gefängnis wegen Erregung öffentlichen Aergernisses (durch Abdruck der Zeitungsausgaben gegen die be-rühmte Reigen Frau W i n d).
 - Mainz.** Nähmaschinenhändler J o s. K r ä m e r aus Frankfurt a. M. wegen Aufforderung zum Kontraktbruch vom Landgericht 14 Tage Gefängnis.
 - 28. **Sonneberg.** Genosse V a r l h a r d t wegen Verleumdung des Reichstags-Abgeordneten Dr. W i l l e vier Wochen Gefängnis.
 - Hannover.** Zwei Kürschnergehilfen wegen Verurtheilung zu je einer Woche, ein dritter zu drei Wochen Gefängnis verurtheilt.
 - Halberstadt.** Genosse V e r g, Redakteur der „Sonntags-Zeitung“ wegen Vergehens gegen § 131 des Str.-G.-B., ein Monat Gefängnis.
 - 29. **Magdeburg.** Die gegen Genossen S c h u l z e und S a n t a u wegen verbotener Kollekte erlassenen Polizeimandate in der Höhe von 20 und 40 M. Schöffengerichtlich bestätigt.
 - Magdeburg.** Genosse W e i m s aus Kalbe vom Landgericht 3 Monate Gefängnis wegen Majestätsbeleidigung (Sichtbleiben bei einem Hoch auf den Kaiser).
 - Leiz.** Redakteur des „Volksboten“, H o s s m a n n, wegen Verleumdung 30 Mark Geldstrafe eventuell 6 Tage Haft.
 - 30. **Berlin.** Genosse G r e i f e n b e r g, Kartonarbeiter, wegen Verurtheilung 8 Tage Gefängnis. Er hatte als Vorsitzender einer Versammlung über eine Resolution abstimmen lassen, in welcher dieser Verstoß gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung erblickt wurde.
 - Berlin.** Genosse W ä g e n a u von der Anklage der Majestätsbeleidigung freigesprochen.
 - Böckum.** Bergmann B a u e r-Weitmar wegen Aufreizung zum Streik vom Landgericht 6 Wochen Gefängnis. Staatsanwalts-Antrag: 1 Jahr Gefängnis.
 - Mannheim.** Genosse F e n y wegen Vergehens gegen das Pressegesetz 20 M. Geldstrafe.
 - 31. **Dortmund.** Bergmann O b e r h a u s wegen angeblicher Bedrohung vom Schöffengericht 3 Wochen Gefängnis.

kapitalistischen Dienste stehende Blättern greift z. B. die „Völkener Ztg.“, die ja ebenfalls unserer Organisation feindselig gegenübersteht, deshalb an, weil diese die Veranlassungen der Arbeiterversammlungen u. s. w. in Ansehung aufnehme; wenn sie dies nicht thäte, dann würden solche Versammlungen bald unmöglich werden; folglich ist nur die „Eislebener Zeitung“ an dem Excesse schuld? — Es wurde den von diesen zwei edlen Freundinnen ausgebreiteten Behauptungen, daß „reichstreue“ Bergarbeiter von Sozialdemokraten überfallen und gemißhandelt würden, ganz entschieden widersprochen. — Es fand hiernach die Wahl zweier Expendienten für den „Volksboten“ (Leiz) statt, weil diese unsere Vereins-Zeitung einen plötzlichen Zuwachs von ca. 50 — 60 Abonnenten infolge der letzten Vorkommnisse erhalten hatte. Ferner wurde noch mitgetheilt, daß bereits zwei Vereinsmitglieder wegen ihrer Zugehörigkeit zum „Arbeiter-Bildungsverein“ aus der Arbeit entlassen worden sind. — Vor Beginn der Verhandlungen hatte einer der schwerverletzten Genossen ein Hoch auf den noch in Untersuchungshaft befindlichen Vorsitzenden des Vereins, Genossen Franke, ausgebracht, in welches die Versammelten begeistert eingestimmt hatten.

Düren, 6. Juni. Vor drei Wochen fand hier eine öffentliche Versammlung statt mit der Tagesordnung: 1. Die Achtstundensbewegung. 2. Gründung eines Arbeiter-Bildungsvereins. Zum ersten Punkt referierte Herr R e i f aus Köln. Dem Verein erklärten mehr als hundert Personen beitreten zu wollen. Obwohl der Verein nun noch nicht besteht (es hat noch keine weitere Versammlung stattgefunden), verlangte der Polizeikommissar (schon die Mitgliederliste und die noch gar nicht ausgearbeiteten, geschweige denn angenommenen) Statuten, drohte auch schon mit Strafe, Reinfallen etc. Mit welchen Schwierigkeiten wir zu kämpfen haben, ersehen die Leser auch daraus, daß von den vier in Düren erscheinenden Blättern keines unsere Versammlungsanzeige aufnahm. Plakate waren wir in Köln drucken zu lassen genöthigt, sie wurden von uns am Tage an den Mauern angeheftet. Nachher aber von anderen heruntergerissen. Trotzdem war unsere Versammlung von mehr als 500 Personen besucht, besonders auch von Landleuten. Wir können demnach mit dem Anfang zufrieden sein, obwohl die Genossen hier allerlei materielle Nachtheile erfahren.

Breslau, 10. Juni. Eine Konfiskation der „Volkswacht“ ist wieder einmal bewerkstelligt worden. Es handelt sich um die Sonntagsnummer 120 und zwar um — den durchaus objektiven gehaltenen Artikel „In eigener Sache.“

Leipzig i. S. Am 8. Juni wurde unsere Genossin Frau Louise Habenstein unter einer Begleitung zu Grabe getragen, wie sie unsere Stadt noch nicht gesehen hat. Es waren schon lange zuvor, ehe der Zug vom Trauerhause abging, 5—6000 Menschen versammelt. Drei Polizeidiener schritten an der Spitze des Zuges, um die Ordnung aufrecht zu erhalten. Aus Wlauen und Umgebung waren Hunderte von Genossen zur Beerdigung herübergekommen. Dem Wunsche der Verstorbenen entsprechend, erschien kein Geistlicher am Grabe. Ein „Veicht sei ihr die Erde“ wurde der verstorbenen Genossin von einem Genossen nachgerufen.

Gelsenkirchen. Am 18. März d. J. wurde in Dortmund im Geschäftlokale der „F. Fr. Dr.“ zur Feier des Tages eine schwarz-rot-goldene Fahne angehängt. Jedoch das Vergnügen sollte nicht lange währen; es erschien die heilige Hermandad und verlangte energisch die Entfernung und Auslieferung besagten faßtaggefärbten Banners, welches, ein Uebertreifer vom Allg. Arbeiter-Bildungsverein, während des Ausnahmegesetzes trotz aller Bemühungen den Argusaugen der Diener der Ordnung verborgen geblieben war. Helte Freude leuchtete den Deutschen aus den Augen, konnte man jetzt doch endlich das Ding im Triumph von dannen führen auf Nimmerwiedersehen.

Jedoch mit des Geschickes Mächten ist kein ew'ger Bund zu flechten. Ob gern oder ungern mußte Genosse K u h b a c h den Boden ersteigen, um das Banner abzunehmen; die Polizei wartete am Fuße der zum Boden führenden Treppe der Dinge, die da kommen sollten, d. h. der Uebergabe. Nach Verlaß einer Viertelstunde kam jedoch K. mit leeren Händen. Das Schicksal hatte es gewollt, daß beim Absteigen der Fahne ihm dieselbe entglitt und zum Fenster hinausgefallen war. Ein unentschiedener Galgenstrick begriff die Situation und machte sich schelmisch mit dem Banner aus dem Staube. Jetzt lange Gesichter, schließlich erholten sich die Polizisten von ihrem Schreden und machten auf den Entschieden, ab den sie einen im Geschäft anwesenden Genossen, der verschwand war, betrachteten, den langen Tag Jagd. Jedoch Hausfuchung und Razzias waren erfolglos. Das forderte Sühne, und so wurde gegen die Genossen K u h b a c h und K u t h Anklage wegen — groben Unfugs erhoben. Derartige erregt bei allen patriotischen und königs-treuen Bürgern großes Aergerniß, meinte im heutigen Verhandlungstermine ein als Zeuge vernommener Polizeikommissar; naturgemäß mußte dem beleidigten Gefühl der „Königstreuen“ Sühne widerfahren und die Schöffen erachteten daher für K u h b a c h eine Haftstrafe von 8 Tagen und für K u t h, den Haupt-revolutionär, eine solche von 14 Tagen für angemessen.

Johanngeorgenstadt, den 3. Juni. In Sachsen findet man manchmal noch bei der Verhörde einen gewissen Humor; das sollten auch wir in Johanngeorgenstadt erfahren. Hier hatte sich vor kurzem ein „Verein zur Förderung volksthümlicher Wahlen“ gebildet und am ersten Pfingstfesttag fand die erste Versammlung statt, doch der Vortrag über das Alters- und Invaliden-Versicherungsgesetz, welcher auf der Tagesordnung stand, wurde unterlag. Am Mittwoch, nach Pfingsten bezog sich nun der Vorstand des Wahlvereins, Herr E d u a r d V o e h s c h, zum Bürger-meister und fragte, weshalb der Vortrag verboten wäre, in den Statuten hinde doch, daß der Verein es sich zur Aufgabe mache, seine Mitglieder durch Vorträge über alle Vorkommnisse aufzuklären. Daraus erhielt er zur Antwort: „Herr Voehsch, da bin ich nämlich selber nicht klar darüber. Sie thäten mir einen Gefallen, wenn Sie Beschwerde gegen mich (Bürgermeister) bei der Amtshauptmannschaft führen thäten. Ich nähme das nicht etwa übel.“ Diese Beschwerde ist auch so mit der Motivierung des Herrn Bürgermeisters nach der Amtshauptmannschaft geschickt worden. Der Bürgermeister erklärte fernher, daß wir die Versammlungen nicht anzumelden brauchen (was ja auch gar nicht notwendig ist, da im Statut steht: „Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat findet Abends 8 Uhr eine Versammlung statt.“ Am Sonntag, den 7. Juni, fand nun die zweite Versammlung statt. Wir waren selber erstaunt, als wir kein überwachendes Auge bemerkten. Die Versammlung hatte schon 1 1/2 Stunden gedauert, da traten plötzlich die zwei Polizisten der Stadt herein und schlossen die Versammlung. Der Vorstand machte sie darauf aufmerksam, daß sie gar kein Recht dazu hätten. Sie aber sagten, der Bürgermeister hätte gesagt, die Versammlung müßte allenfalls 24 Stunden zuvor angemeldet werden. Der Eine fügte noch hinzu: „No mit brauchen deshalb nicht böß zu sein; also nicht für ungl.“ Auf die Frage eines Mitgliedes: müßten wir das Sozial nun verlassen? erwiderte der Polizist: „Ja.“ Auf die

Korrespondenzen und Parteinachrichten.

Eisleben, 7. Juni. Infolge des vor 8 Tagen hier statt-gehabten Ueberfalles der vom Vorsitzenden des Arbeiter-Bildungsvereins, Genossen Franke, einberufenen öffentlichen Volks-versammlung, zu welcher wegen bereits früher vorgekommener Excesse seitens solcher Bergleute, die dem „Reichstreuen Verein“ angehören, bekanntlich diese sowie Bergbeamte ausgeschlossen waren, hatte die heutige, im Saale des „Gasthof zum Kronprinz“ tagende Sitzung des Arbeiter-Bildungsvereins einen sehr wichtigen Verlauf. Während die notwendigen Erhebungen und Zeugenaussagen bezüglich des Exzesses hier am Orte der That gemacht wurden, ließ sich eine große Zahl neuer Mitglieder einschreiben. Nach dieser, bedeutende Zeit in Anspruch nehmenden Thätigkeit des Vorstandes wurde über den Eingang erwöhnten Ueberfall Bericht erstattet und die gegnerischerseits ausgebreiteten, die Thatfachen auf den Kopf stellenden Behauptungen ins rechte Licht gesetzt. Ein aus dem „Bergboten“ veröffentlichter Artikel erregte trotz des Ernstes der Sache große Heiterkeit. Diefes lediglich im

weitere Frage: aber es kann uns doch Niemand verwehren, wenn wir hier unser Bier trinken, antwortete er: „No se können an da bleibe.“ Sie entfernten sich dann mit den Worten: „No gute Nacht, die Herren! Also nicht für ungut!“ Auch hier ist Beschwerde eingereicht.

In dieser Woche wird hier eine Volksversammlung mit der Tagesordnung: „Die Korymben und die Reichsregierung“ stattfinden. Die Aufregung ist hier sehr groß, denn in Böhmen drücken kosten 6 Pfund Brot 60 Pf. und in Sachsen 6 Pfund 80 Pf.

Epyer, 8. Juni. Der zweite pfälzische Arbeitertag ist glänzend verlaufen. Schon vor der festgesetzten Zeit — 10 Uhr Vormittags — war der Andrang zum Lokal, dem großen Saale des Stadthauses, ein so gewaltiger, daß das Lokal von circa 800 Parteigenossen aus der ganzen Pfalz besetzt war. Die Bureauwahl ergab als ersten Vorsitzenden Ehrhardt-Ludwigshafen; zweiten Vorsitzenden Sturm-Speyer; Rapp-Kaiserslautern und Streib-Lambrecht als Schriftführer; als Beisitzer Höber-Grantenhal und Edelmann-Neustadt. Die Präsenzliste ergab 27 vertretene pfälzische Orte mit 55 Delegierten. Zur Tagesordnung übergehend erstattete zum 1. Punkt der Verhandlungen Ehrhardt-Ludwigshafen Bericht über die Tätigkeit des vorderpfälzischen Agitationsvereins seit der Konferenz, die im Dezember vorigen Jahres in Lambrecht tagte. Hieran schloß sich der Kaiserliche Bericht, den Genosse Körner-Ludwigshafen erstattete. Sämtliche Delegierten erkannten die mächtige Arbeit, die das Agitationskomitee ausführte, schon in Anbetracht der großen Tätigkeit, die letzteres am 3. Mai entfaltete, an welchem Tage es zu 14 Versammlungen Redner entsandte, an und erteilte dem Komitee einstimmig Decharge. Es folgte nun die Berichtserstattung des zweiten pfälzischen Agitationskomitees, das seinen Sitz in Kaiserslautern hat, was durch Genosse Clement von dort besorgt wurde. Die Debatte gab ein lebhaftes Bild von den Schwierigkeiten, die mit der Agitation, besonders auf dem Lande, verknüpft sind und von dem Eifer, mit dem sie betrieben wird.

Ehrhardt-Ludwigshafen referierte sodann zum zweiten und dritten Punkt der Tagesordnung — Agitation, Organisation und Presse. Es giebt alsdann Genosse Grillenberger-Flüßberg einige praktische Winke sowohl für die Agitation als auch für die Organisation. Genosse Ehrhardt-Ludwigshafen verliest alsdann nachfolgende Resolutionen, die einstimmig Annahme fanden: a) Die Agitation zu fördern durch öffentliche Versammlungen, welche sich nicht zu oft wiederholen sollen; das Hauptgewicht soll auf die sozialistische Erziehung durch Vorträge in den Wahlvereinen gelegt werden. b) Organisation. Die zwei Agitationsvereine der Pfalz sind zu einem einzigen zu verschmelzen und diesem zur Pflicht zu machen, mit ganzer Kraft für die Agitation in der ganzen Pfalz einzutreten. Es wird auf's Neue wieder empfohlen, allerorts Arbeiter-Wahlvereine zu gründen; wo dies nicht angeht, sich anderen Orten anzuschließen. Es soll die Gewerkschaftsbewegung nach jeder Richtung gefördert und insbesondere auch für die Pfalz mit Rücksicht auf unsere eigenartige Industrie mit der fachgewerblichen Organisation der Fabrik- und Handarbeiter begonnen werden. c) Presse. Allerorts sollen die Wahlvereine die Bürgerschaft für die Pfälzische „Vollstimme“ übernehmen und Preskomitees zum Zwecke der weiteren Ausbreitung und Kontrolle derselben bilden. Zum vierten Punkt der Tagesordnung, Anträge aus der Mitte des Parteitages, beantragten die Genossen von Ludwigshafen, der sozialdemokratischen Reichstags-Fraktion einen Antrag, die Verstaatlichung des Getreidehandels betreffend, zu unterbreiten, damit diese im Parlament fraglichen Antrag einbringe. Derselbe wurde einstimmig, wie auch der des Genossen Schreiner von Ludwigshafen: Anstellung der Ärzte von Staatswegen, angenommen. Als Ort des nächsten pfälzischen Arbeitertages wurde einstimmig Kaiserslautern bestimmt. Ueber die Beschickung des internationalen Kongresses zu Brüssel fasste der Parteitag dahin Beschluß, daß Genosse Grillenberger, der das jenseitige Bayern vorstellt, auch die Pfalz gleichzeitig mit vertreten soll. Nachdem Ludwigshafen als Sitz des neuen Agitationskomitees und Kaiserslautern als Ort für den nächstjährigen Parteitag der Pfalz bestimmt war, schloß Ehrhardt um halb 2 Uhr mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die sozialdemokratische Arbeiterpartei die mühsam verlaufene Versammlung. Nachmittags 3 Uhr fand in demselben Lokale eine riesig besuchte Volksversammlung statt, in welcher Grillenberger, Dreesbach und Dr. Mühl sprachen.

Versammlungen.

Eine öffentliche Versammlung der Bildhauer fand am 8. Juni im Deigmüller'schen Saale statt. Der erste Punkt der Tagesordnung wurde durch einen Vortrag des Genossen Mohrlad über die „Gewerbeordnung“ erledigt. Der zweite Punkt der Tagesordnung „Stellung der Bildhauer zur Kündigung“, wurde darauf mit der Diskussion über den Vortrag verknüpft. Die Meinungen darüber, ob in Anbetracht der darauf bezüglichen Bestimmungen der neuen Gewerbeordnung eine Kündigungsfrist oder keine solche den im Bildhauergewerbe beschäftigten Personen nützlicher ist, gingen auseinander. Einige Redner traten, die für Arbeiter so miserablen Bestimmungen der Gewerbeordnung, welche sich mit der Kündigung beschäftigen oder mit ihr in Zusammenhang stehen, wie der Kontraktbruch-Paragraf unter Anderem, dafür ins Feld führend, für Aufhebung der Kündigungsfristen in den Verhältnissen durch Vertrag ein. Andere waren wieder der Meinung, daß man von einer vierzehntägigen Kündigung doch noch Vorteile habe, im Besonderen bei den Kleinmeistern, deren es gerade in der Bildhauerei eine große Menge gebe. Diese würden, wenn die Gehilfen die Kündigung fallen ließen, sich ins Häuschen lachen, da hiermit ihrem Interesse gedient wäre. Noch andere Redner meinten, es wäre egal, ob die Bildhauer für die Aufhebung der Kündigung im Gewerbe eintreten oder nicht; zum weitaus größten Teile hätten die Bildhauer gar keine Kündigung, und die, welche Kündigung gewährt sei, würden einen Beschluß, die Aufhebung der bestehenden Kündigungsfristen anzubahnen, nicht halten. Ein dergleichen Antrag war eingegangen, über ihn wurde aber nach dem Schlusswort des Referenten zur Tagesordnung übergegangen. Herr Meier erstattete nun den Bericht über die Kassenverhältnisse. Danach war am 1. Oktober 1890 ein Bestand von 555,23 M. vorhanden. Bis zum 1. Juni 1891 wurden an Markeneinlösungen 502,90 M. eingenommen; Teilerhebungen ergaben 77,69 M., ein zurückgezahlter Vorkauf 5 M. An Ertragsbeiträgen wurden 15,10 M. geleistet, von Reich 2 M. zurückgezahlt. Mit Einschluß einiger Wenigkeits Diverses betragen die Einnahmen bis zum 1. Juni 1891 1247,21 M. (inkl. Bestand vom 1. Oktober 1890). Die Ausgaben stellen sich folgendermaßen zusammen: Gezahlt sind an Unterhaltungen an 33 Kollegen 885,25 M., an Unterhaltungen an Gewerkschaften 365 M., für Vorträge 16,50 M., für Inserate und Sanktionsaufschläge 146,40 M., an Traktosten 73,50 M., für Agitation 20 M., an Projektkosten 0,60 M., an Post's und Diverses 33,60 M., zur Deckung des Defizits vom Kassier 25,55 M. und an Remunerationen 6,55 M. Nach Abzug dieser Ausgaben bleibt am 1. Juni ein Bestand von 222,56 M. — Dem Kassier wurde Decharge erteilt und dann zur Neuwahl geschritten. Gewählt wurde als Kassier Herr K o h l e r g. Da dieser schon Mitglied der Kommission ist, mußte ein neues Kommissionsmitglied gewählt werden. Hierzu wurde Herr W l a s i g gewählt. Als Revisor wurde dann noch Herr C h r i s t e n gewählt. Nachdem der vierte Punkt der Tagesordnung „Bericht vom Kongress“, vertagt worden, erhielt Hr. S e i d e l das Wort, um die Taktik der Kommission zu rechtfertigen. Zunächst rechtfertigte er ihr Verhalten gegenüber einigen größeren Vereinen. Man habe dort in keinerlei Aktion ein-

treten können, weil 1. keine großen Geldmittel vorhanden sind; weil 2. keine derartige Einigkeit mehr unter den Kollegen vorhanden sei, wie zur Zeit des Streiks, und weil 3. die Konjunktur im Allgemeinen miserabel sei. Was die Sperrten anbetreffe, so hätten diese einen moralischen Druck auf die Werkstellen, wo zu den Bedingungen der Gehilfen gearbeitet werde, ausgeübt und hätten ihn noch aus. Zu dieser Sache sprachen nun ein ganze Menge der Kollegen. Theils sprachen sie sich für die Aufhebung der Sperrte aus, theils gegen dieselbe. Auch wurden Meinungen dahin laut, daß bei Pfalz zu gelegener Zeit ein Kussthand Vortheile für die Gehilfen gehabt hätte. — Ein Antrag, die Sperrte aufzuheben, wurde abgelehnt und ein anderer Antrag, nach welchem sich die Anwesenden mit der bisherigen Taktik der Kommission einverstanden erklären, angenommen. Eine Diskussion über Abführung gesammelter Gelder an die Generalkommission der Gewerkschaften, bezw. an die Berliner Streik-Kontrollkommission führte zu keinem Beschluß.

Die Militär- und Lieferungs-Schneider hielten am 8. Juni eine öffentliche Versammlung mit Frauen ab, in welcher Kollege N. Timm (Vertrauensmann der Schneider und Schneiderinnen für Berlin und der Provinz Brandenburg) einen Vortrag über „Die Entwicklung der Arbeiterbewegung“ hielt, welcher von den Anwesenden mit großem Beifall aufgenommen wurde. Eine Diskussion fand nicht statt und man schritt zum 3. Punkt der Tagesordnung, Bericht des Delegierten der Berliner Streik-Kontrollkommission. Kollege Kroll referierte über die Tätigkeit und die Beschlüsse derselben und empfahl am Schluss, den letzten Beschluß festzuhalten und für das ganze Schneidergewerk nur einen Delegierten zu entsenden. Alsdann legte er sein Amt als Delegierter nieder. Dagegen sprach Kollege Schulte, indem er darauf hinwies, daß es sehr schwer sein wird, in Anbetracht der sehr schlechten Arbeitsverhältnisse in der Schneiderei von jedem Kollegen wöchentlich 5 Pf. für die Streik-Kontrollkommission einzulassen, eine Aufgabe, welche der gewählte Delegierte doch auf sich nehmen müßte. Hierauf erklärte Kollege Kroll, daß dies kein wöchentlich Beitrag sein soll, sondern es sollen nur soviel Marken umgelegt werden, als in unseren Kräfte stehen, und empfahl nochmals einen Delegierten zu entsenden. Kollege Timm wies auch darauf hin, daß die Berliner Schneider schon sehr in Anspruch genommen werden durch die Vereine, welchen sie angehören, und durch die öffentliche Agitation, welche sich über ganz Berlin erstreckt, deshalb rath er ab, einen Delegierten dazu zu wählen, welcher seinen Verpflichtungen, welche er von der Streik-Kontrollkommission zu übernehmen hat, nicht nachkommen kann. Alsdann machte Kollege Kroll die Anwesenden noch darauf aufmerksam, recht zahlreich in den Vereins-Versammlungen zu erscheinen. Die nächste Versammlung findet Johannisstraße 20 bei Müller in 14 Tagen statt.

In der letzten Mitgliederversammlung der freien Vereinigung aller in der chirurgischen Branche beschäftigten Berufsgenossen wurden die Zustände der Wandagen-Fabrik von Hoffmann (Inhaber Schöner) vom Vorsitzenden einer eingehenden Kritik unterworfen. Derselbe theilte mit, daß die jüngeren Kollegen einen Wochen-Arbeitslohn von 9 bis 15 resp. 16 M. haben, während die älteren Kollegen mit 30—45 M. nach Hause gehen und außerdem noch 5—10 Pf. extra bekommen. Derselbe führte weiter aus, daß diese Verhältnisse unbillig seien und die Kollegen sich zu einem energischen Handeln emporkraufen sollten, um diese Verhältnisse zu beseitigen. Ferner wurde mitgetheilt, daß zwischen dem Prinzipal und den älteren Kollegen ein Konflikt besteht, worin folgender bezeichnender Passus vorkommt. Diejenigen Arbeiter, welche Prozente erhalten, haben keinen anderen davon etwas mitzuthun, fängt einer der betreffenden Arbeiter in einem anderen hiesigen Engros-Geschäft an zu arbeiten, so verliert derselbe seine Prozente. Der Werkführer der betreffenden Fabrik war in der Versammlung anwesend und ergriff wiederholt das Wort zur Verteidigung, war aber nicht im Stande, auch nur ein Jota vom dem zu widerlegen, was angeführt worden war. Dem Herrn wurde von verschiedenen Seiten aus gründlich heimgeleuchtet. Zum Schluss dieser Angelegenheit wurde den Arbeitern bei Hoffmann aufgegeben, in Güte zunächst mit dem Arbeitgeber zu verhandeln; sollte dies zu keinem Resultat führen, so werden die Kollegen bei ihrem ferneren Vorgehen thätkräftige Unterstützung erhalten, und schon jetzt liegen Sympathiebezeugungen aus Wien und anderen Städten vor. Ferner wurde ein Antrag, die wöchentlichen Beiträge von 15 auf 10 Pf. herabzusetzen, nach längerer Debatte abgelehnt. Ein Antrag auf Bewilligung von 20 M. für die Arbeiter-Bildungsschule fand einstimmige Annahme.

Zum Schluss wurde auf die am 28. Juni stattfindende Dampferpartie nach Potsdam aufmerksam gemacht und die Kollegen ersucht, sich mit ihren Familien recht zahlreich zu beteiligen.

Der Verein der Einleger (Tischler) hielt am 7. Juni eine außerordentliche Generalversammlung ab. Beim ersten Punkt der Tagesordnung kam es zu lebhaften Auseinandersetzungen über den Bericht der Versammlung vom 3. Mai im „Vorwärts“, und über die Vorgänge, die sich in der Versammlung vor 14 Tagen abgepielt hatten, insoweit deren der Kollege Schmidt sein Amt als Vorsitzender niedergelegt hatte. Es wird der Bericht theils angegriffen, theils aber auch für richtig und den Vorkommnissen entsprechend erachtet. An der Debatte hierüber beteiligten sich die Kollegen Schmidt, Schönberg, Niemann, Pitters, Schmitz, Krobne und Andere. Es wird mehrfach hervorgehoben, daß es die Versammlung dem Vorsitzenden zu schwer mache, dieselbe zu leiten, und daß bei einer Unruhe, wie sie bei der letzten Versammlung vorherrschend war, selbst dem duktigsten Vorsitzenden die Geduld reize. Zu dem Bericht vom 3. Mai betont Kollege Schönberg, daß die Einleger an diesem hohen Festtage vollständig am Plage gewesen wären und kritisiert das Verhalten des Kollegen Niemann, der sein Amt nicht hätte mit Niederlegen brauchen. Es folgen noch andere persönliche Angriffe, die auch zu Beizerungen bei Annahme von Ehrenämtern führen.

Folgender Antrag wird vom Kollegen Schönberg gestellt: „Die außerordentliche Generalversammlung des Vereins der Einleger erklärt den Bericht vom 3. Mai im „Vorwärts“ als nicht sachlich, erkennt ihn überhaupt, da er von Privatpersonen eingeleitet ist, nicht an.“ Dieser Antrag wird angenommen.

Hierauf wird Kollege Wisch im zweiten Wahlgang zum Vorsitzenden des Vereins erwählt. Als Vorstandsmittglied wird Kollege Perold und als Mitglied des Verwaltungsausschusses Kollege Perold, beide per Affirmation gewählt.

Folgende Resolution wird eingebracht und findet Annahme gegen eine Stimme: „In Betreff der Versammlung vom 3. Mai erklärt die heutige außerordentliche Generalversammlung des Vereins der Einleger (Tischler), daß die Kollegen Hilbert und Schönberg voll und ganz auf dem Boden der Solidarität stehen und für die Interessen der Arbeiter stets eingetreten sind.“

Nachdem noch zur regen Agitation für den Verein und zu zahlreicher Beteiligung an der Landpartie aufgefordert ist, wird die Versammlung geschlossen.

Die freie Vereinigung der Zivil-Berufsmittel von Berlin und Umgegend hatte am Montag Nachmittags eine öffentliche Versammlung eintreten, die jedoch durch das Einschreiten der Polizei nicht tagen konnte. Zum ersten Punkt der Tagesordnung war ein Vortrag des Herrn Stadt-Heinrich angelegt über das Thema: „Wie haben die Müller ihre Lage zu verbessern?“ Infolge eines Mißverständnisses hatte der Referent geglaubt, die Versammlung sei erst um 2 Uhr Nachmittags pünktlich angemeldet, während dieses in Wirklichkeit um 1 Uhr geschehen war. 10 Minuten vor 2 Uhr eröffnete der Vorsitzende

Kollege Schöner die Versammlung, machte bekannt, daß der Referent zwar noch nicht erschienen sei, sein Erscheinen aber ganz bestimmt zugesagt habe, und machte den Vorschlag, die Versammlung auf 20 Minuten zu vertagen. Dieser Vorschlag wurde angenommen und die Vertagung trat ein. Nach Verlauf von zehn Minuten, also Punkt 2 Uhr, erhob sich der überwachende Polizeilieutenant, schloß seinen Helm auf den Kopf und sagte: „Die Versammlung ist noch nicht eröffnet, trotzdem eine Stunde über die angemeldete Zeit verfloßen ist; eine Eröffnung der Versammlung kann zum Zwecke der sofortigen Vertagung nicht als eigentliche Eröffnung angesehen werden. Ich schließe deshalb die Versammlung und fordere die Anwesenden auf, sich ruhig zu entfernen.“ Die Versammelten protestirten zwar gegen dieses widerrechtliche Verfahren, erreichten jedoch selbstverständlich nichts. Beschwerde wird eingereicht. — Bevor die Kollegen das Lokal verließen, brachte ein Kollege ein Hoch auf die internationale Sozialdemokratie aus, und als der Beamte auch hierbei einschritt, sprach zwar niemand ein Wort, jedoch schwenkten alle Kollegen wie auf Kommando dreimal die Hüte.

Die Stellmacher Berlin und Umgegend hielten am 7. d. Mts. eine gutbesuchte Mitglieder-Versammlung des Fachvereins ab. Herr Hennig sprach über die Entwicklung und Gestaltung der Menschheit durch die Natur. Von einer Diskussion wurde Abstand genommen und einer entsprechenden Resolution zugestimmt.

Der Antrag, eine Fach-Zeichenschule zu gründen, wurde angenommen und es erklärte Kollege Leber sich bereit, das Amt eines Zeichenschülers anzunehmen. Alle weiteren Schritte betreffs Einrichtung wurden einstimmig dem Kollegen Leber und dem Vorstande überlassen.

Sodann wurde bekannt gemacht, daß auch die nächste Fachvereins-Versammlung ausnahmsweise wieder auf den ersten Sonntag im nächsten Monat fallen würde. Mehrere Redner sprachen sich über ein vorliegendes Plakat, unterzeichnet von der Direktion des Weimann'schen Volksgartens, aus, aus welchem ein erstes Sommerfest des Stellmachers für den 22. d. Mts. angekündigt sei, von dem aber der Fachverein der Stellmacher, als die größte Stellmacher-Verbindung Berlins, keine Abnung habe, und der Vorstand wurde beauftragt, einen hierauf bezüglichen Aufruf im „Vorwärts“ zu erlassen und die Direktion dieses Lokals um Ausklärung zu bitten.

Mit einem lebhaft aufgenommenen Hoch auf den Fachverein der Stellmacher schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Eine öffentliche Versammlung sämtlicher Haus- und Geschäftsdieners von Berlin und Umgegend wurde am 4. Juni unter dem Vorsitz des Kollegen Hermann abgehalten. Nach Eintritt in die Tagesordnung hielt Herr Reichling einen Vortrag über „Die Sozialdemokratie und ihre Gegner“. Von einer Diskussion wurde abgesehen.

Sodann erstattete Kollege Wiemer Bericht über die Streik-Kontrollkommission und vertrat die Ansicht, daß die Haus- und Geschäftsdieners in Zukunft davon Abstand nehmen müßten, einen Delegierten zu entsenden. In der sich an diesen Bericht anschließenden Debatte sprachen die Kollegen Werner, Altes, Kühle, Hermann, Kühle, Pinzer, Barnewitz, Grauer, Kroll, Dobaska und andere theils für, theils gegen eine Beschickung der Streik-Kontrollkommission. Schließlich gelangte ein Antrag Grauer, einen Delegierten zu wählen, mit großer Majorität zur Annahme. Gewählt wurde gegen 4 Stimmen Kollege Hermann.

Bei dem dritten Punkt der Tagesordnung handelte es sich um die Beschickung des Arbeiter-Kongresses zu Brüssel. Der Vorsitzende bemerkte, daß die sozialdemokratischen Handlungs-Gehilfen von Berlin den Haus- und Geschäftsdieners den Vorschlag gemacht hätten, sich gemeinschaftlich mit ihnen durch einen Delegierten vertreten zu lassen; man könne das ja auch um so leichter ausführen, als Handlungs-Gehilfen und Hausdienen eigentlich zu dem kaufmännischen Betriebe gehörten. Bei der Besprechung dieser Angelegenheit fanden sich die Ansichten der Kollegenhaft gegenüber. Schließlich wurde folgende Resolution angenommen:

„Die heute versammelten Haus- und Geschäftsdieners schließen sich dem Aufruf des sozialdemokratischen Parteivorstandes an und sind der Meinung, daß es für Berlin genügt, wenn die sechs Wahlkreise vertreten sind. Daher verzichten die Versammelten darauf, einen eigenen Delegierten zu entsenden. (Zusatz.) Jedoch verpflichten sie sich, nach Kräften zu sammeln und zu den Wahlvereinen erwachsenden Kosten nach Kräften beizutragen.“

Punkt 4 der Tagesordnung lautete: Rechnungslegung der Preis- und Agitations-Kommission. Der Berichterstatter der Preis-Kommission, Kollege Kuhnke, bedauerte, die Rechnung noch nicht legen zu können, da es ihm bis jetzt noch nicht gelungen sei, eine einigermaßen genaue Uebersicht herzustellen. Kollege Grauer sprach sein Bedauern darüber aus, daß nach einer nahezu zweijährigen Amtsführung die Preis-Kommission nicht im Stande sei, Rechnung zu legen, und stellte den Antrag, daß binnen vier Wochen eine neue Versammlung einzuberufen sei, in der die Preis-Kommission endgültig Rechnung zu legen habe. Der Antrag wurde angenommen. Zu Revisoren wurden die Kollegen Müller, Kähler und Kessler gewählt.

Den Rechnungsbericht der Agitationskommission erstattete Kollege Barnewitz. Die Einnahmen betragen seit dem 25. November 1890 die Summe von 81,11 M., wogegen 88,45 M. verausgabt wurden, mithin bleibt ein Defizit von 7,34 M. — Da die ursprünglich aus sieben Mitgliedern bestehende Agitationskommission nur noch vier Mitglieder zählte, beantragte Kollege Grauer, die Zahl zu ergänzen. Gegenständlicher Anhalt waren die Kollegen Werner, Glashagen, Pinzer, Falkenthal. Kollege Grauer begründete seinen Antrag damit, daß die Agitationskommission aus schwerwiegenden Gründen eingestuft sei und demgemäß unbedingt weiter bestehen müsse. Kollege Fietly war für Auflösung, Kollege Kroll für Ergänzung der Kommission. Hieraus verlas Kollege Barnewitz einen Brief, in welchem sich 3 Kollegen vom Unterabtheilungsband der Hausdienen darüber beschwerten, daß der Vorstand des Zentralvereins zu einer Schiedsgerichts-Sitzung nicht erschienen sei. Der Vorsitzende des Zentralvereins Kollege Wendig bemerkte, daß er das Schiedsgericht überhaupt nicht anerkannt habe, zudem sei aber die Vorladung an die Betreffenden auch zu spät ergangen. — Nach diesen Beizerungen entspann sich eine lebhafteste Debatte, in deren Verlauf die Versammelten so unruhig wurden, daß die Versammlung erst auf 5 Minuten vertagt und dann geschlossen werden mußte.

Eine außerordentliche Generalversammlung der freien Vereinigung der Zimmerer Berlin und Umgegend fand am 3. Juni statt. Zum 1. Punkt der Tagesordnung verlas der Hilfskassier die Abrechnung des Agitationsfonds vom 1. Quartal 1891. Es ergab sich eine Einnahme von 87,50 M., die Ausgaben betragen 2,25 M., mithin bleibt ein Bestand von 85,25 M. Die Abrechnung, sowie der Kassenbestand war von den Revisoren revidiert und dem Hilfskassier wurde Entlastung erteilt. Der Vorsitzende bedauerte die geringe Einnahme und forderte die Mitglieder auf, ihren Verpflichtungen besser nachzukommen. Die Wahl des 1. Vorsitzenden wurde auf Antrag des Genossen Pflüger bis zur nächsten Generalversammlung vertagt. Als zweiter Schriftführer wurde Kamerad Bürre, als Kontrollleur Kamerad Bernide gewählt. Hierauf hielt der erste Vorsitzende einen längeren Vortrag über die Gewerkschafts-Schiedsgerichte, welcher von der Versammlung mit Beifall aufgenommen wurde. Nach Geledigung verschiedener Fragen schloß der Vorsitzende die Versammlung.